

Programmbausteine Europawahl 2009

Ein Vorschlag des Fachausschusses EU-Angelegenheiten des SPD-Landesverbands Berlin zur Nutzung des Interaktionsbereichs zwischen SPE-Wahlmanifest und nationalen Europawahlprogrammen der sozialdemokratischen Parteien in der EU

Materialsammlung

Inhalt:

Konzeptbeschreibung & Nennung bisheriger Aktivitäten	2
Initiativantrag auf dem Bundesparteitag der SPD 25.-28.10.2007	4
Analyse einheitlicher Positionen der Schwesterparteien	5
Identifizierung einheitlicher Themen	11
Leitfaden zur Durchsicht der Parteiprogramme	13
Ergebnisprotokolle AG Programmbausteine	14
Tabellarische Übersicht der europapolitischen Positionen	17
Vorschlag einheitlicher Programmbausteine	40

Programmbausteine – Konzeptbeschreibung

Program Modules

Idee:

Bislang existieren bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nationale Wahlprogramme der sozialdemokratischen Parteien und ein Wahlmanifest der SPE ohne notwendige direkte Bezüge nebeneinander. Für die Europawahlen 2009 soll der Interaktionsbereich zwischen beiden Ebenen durch die Formulierung gemeinsamer Programmbausteine deutlich gemacht werden. Diese einheitlichen Module sollen sich in allen nationalen Wahlprogrammen der SPE-Mitgliedsparteien wieder finden. Jeweils 2-3 Forderungen werden als gemeinsame Bausteine vor die entsprechende Themenabhandlung in den nationalen Wahlprogrammen gesetzt.



Zielsetzung:

1. Anregung zum Aufbau einer gemeinsamen europäischen Politikstrategie innerhalb der europäischen Sozialdemokratie
2. Stärkung der SPE und Verbesserung der Wahlchancen 2009
3. Erste Schritte zur Schaffung einer Europäischen Öffentlichkeit

Hintergrund:

Viele politische Zukunftsvorstellungen lassen sich nicht mehr im nationalen Alleingang umsetzen. Zunehmend werden politische Prozesse europäisch determiniert und erfordern daher transnationale Konzepte. Um den Bürgerinnen und Bürgern überzeugende Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geben zu können und innereuropäisches Konfliktpotenzial zu vermeiden, sind engere Abstimmungen innerhalb der Parteienfamilien unumgänglich. Dies gilt für alle Parteien. Entscheidend wird sein, welcher Parteiengruppe dieser Schritt am nachhaltigsten und überzeugendsten gelingt.

Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas sollten die einzelnen Potenziale ihrer nationalen Parteien und ihrer langen Geschichte zur Gestaltung europäischer Politik bündeln und nutzen, indem sie sich auf gemeinsame Positionen über alle wichtigen europapolitischen Themen verständigen, gemeinsame Lösungsansätze aufzeigen und diese dann europaweit offensiv vertreten.

Der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Politikstrategie darf sich dabei nicht in der Formulierung wünschenswerter Allgemeinplätze erschöpfen. Stattdessen gilt es in zentralen Bereichen staatlichen Handelns eine europäische, erkennbar sozialdemokratische Perspektive zu entwerfen. Die lose und unverbindliche Abstimmung im Rahmen der SPE muss einem überzeugenden europäischen Kurs weichen. Dies gilt für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und den Ausbau und Erhalt der Systeme sozialer Sicherung ebenso wie für eine nachhaltige Umweltpolitik, eine konsensorientierte Außen- und Sicherheits-, Innen- und Justizpolitik.

Die Kurzanalyse aktueller und künftiger Herausforderungen sowie die zugehörigen Absichten ihrer politischen Gestaltung werden den Wählerinnen und Wählern in Wahlprogrammen präsentiert. Die stärkere Wahrnehmung der Europäischen Union als politischen Aktionsraum sollte sich in den nationalen Wahlprogrammen zu den Europawahlen durch die Nennung gemeinsamer Programmbausteine einer konzertierten SPE-Strategie widerspiegeln.

Langfristig dient dieser erste Schritt gemeinsamer Programmmodule der Etablierung der SPE als eigenständige Partei, die mit ihren Mitgliedsorganen nationale Gliederungen unterhält. Dafür wird ein europäisches Parteienstatut benötigt, das europäischen Parteien eine entsprechende Rechtspersönlichkeit verleiht. Angestrebt wird für die Zukunft die Einigung der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien auf ein vollständig gemeinsames Programm zu den Europawahlen. Auch die Aufstellung einer gemeinsamen Spitzenkandidatin/eines gemeinsamen Spitzenkandidaten bzw. eines europäischen Kandidatenteams für das Amt der Kommissionspräsidentin/des Kommissionspräsidenten ist auf lange Sicht erforderlich. Wenn die SPE die stärkste Fraktion im EP bildet, kann sie ihre Nominierung für die Kommission durchsetzen. Unerlässlich ist im Vorfeld die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen auf SPE-Kongressen.

Kurzfristig stellt die Idee gemeinsamer Programmbausteine einen einheitlichen Auftritt der SPE-Mitgliedsparteien bei den Europawahlen 2009 sicher. Den Wählerinnen und Wählern wird eine stimmige Entwicklungsperspektive präsentiert, die im Falle entsprechender Mehrheiten umgesetzt werden kann. Nicht zu unterschätzen ist der Effekt der Öffentlichwirksamkeit, wenn sich die SPE als erste große Volksparteifamilie europaweit zu einheitlichen Strategien bekennt und diese unverändert im nationalen Europawahlkampf vertreten werden.

19.07.2007 – Björn Hacker / Jens Jenssen

Bisherige Aktivitäten des Fachausschusses zu den Programmbausteinen:

- Ein entsprechender Initiativantrag des FA Europa wurde über den Landesvorstand der SPD Berlin auf dem Bundesparteitag der SPD im Oktober 2007 eingebracht; er liegt zzt. im Parteirat.
- Eine Arbeitsgruppe des FA Europa hat eine Übersichtstabelle der europapolitischen Positionen der SPE-Mitgliedsparteien anhand von programmatischen Unterlagen erstellt. Programme aus Europawahlen, nationalen Wahlen sowie Grundsatz- und spezielle Europaprogramme haben hierbei Berücksichtigung gefunden. Analysiert wurden 16 Parteien aus 16 Ländern nach sieben Themenkomplexen.
- Im Ergebnis wurden acht mögliche einheitliche Programmbausteine identifiziert, die thematische Konsenslinien unter den in der SPE versammelten Schwesterparteien abbilden. In drei bis vier Sätzen werden jeweils ein Problem und die zugehörigen Vorschläge für eine sozialdemokratische Politik benannt. Im Sinne der Grundidee ihrer Einfügung in die nationalen Europawahlprogramme der Schwesterparteien sind die Bausteine kurz und eher allgemein gehalten. Konkretisierungen und Zuspitzungen sollen wie bisher in nationaler Regie entwickelt werden und die Bausteine einrahmen.
- Idee und Themen der acht Bausteine sollen zusätzlich als Beiträge in den Prozess zur Gestaltung des Wahlmanifests der SPE eingespeist werden.

1 **Initiativantrag *Programmbausteine***
2 **zum Bundesparteitag vom 25.-28. Oktober 2007 in Hamburg**

3

4 ***Der Bundesparteitag möge beschließen:***

5 Das neue Grundsatzprogramm der SPD regt den Ausbau der SPE zu einer handlungsfähigen Mitglieder- und Programmpartei an. Dieser Intention folgend, strebt die SPD für die
6 Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 die Verständigung mit ihren europäischen Schwesterparteien auf gemeinsame Programmbausteine an. Über das Wahlmanifest
7 der SPE hinaus sollen zu einzelnen Themen gleiche Module erarbeitet werden, welche in die
8 nationalen Wahlprogramme der SPE-Mitgliedsparteien aufgenommen werden können. Der
9 Parteivorstand wird beauftragt, in geeigneter Weise an die Schwesterparteien mit Vorschlägen
10 im Hinblick auf Form und Inhalt der Zusammenarbeit heranzutreten. Dabei ist der Entstehungsprozess transparent und unter Einbindung der europäischen Parteibasis zu gestalten.
11
12
13
14

15

16 ***Begründung:***

17 Bislang existierten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nationale Wahlprogramme
18 und ein Wahlmanifest der SPE ohne notwendige direkte Bezüge nebeneinander. Die stärkere
19 Wahrnehmung der Europäischen Union als politischen Aktionsraum der Sozialdemokratie
20 sollte sich in erhöhter Interaktion zwischen beiden Ebenen widerspiegeln. Dies kann am besten
21 durch die Formulierung einheitlicher Programmbausteine gewährleistet werden, die zusätzlich
22 in die Wahlprogramme aller europäischen sozialdemokratischen und sozialistischen
23 Schwesterparteien aufgenommen werden.

24 Die in der SPE organisierten Parteien erkennen damit das wachsende Erfordernis transnationaler
25 politischer Konzepte zur Lösung heutiger und künftiger Herausforderungen an. Dies gilt für eine
26 erfolgreiche Wirtschaftspolitik und den Ausbau und Erhalt der Systeme sozialer
27 Sicherung ebenso wie für eine nachhaltige Umweltpolitik, eine konsensorientierte Außen-
28 und Sicherheits-, Innen- und Justizpolitik.

29 Eine unverbindliche Abstimmung auf europäischer Ebene ist nicht mehr zeitgemäß. Die
30 Schaffung eines sozialen und demokratischen Europas erfordert den Aufbau einer gemeinsamen
31 europäischen Strategie, die in der ganzen EU offensiv vertreten wird und den Wählerinnen
32 und Wählern Orientierung bietet. Einheitliche Module in den nationalen Wahlprogrammen
33 stellen einen ersten Schritt zur Etablierung einer gemeinsamen sozialdemokratischen
34 Perspektive für Europa dar. Das Novum, die erste Volksparteienfamilie zu sein, die ihren
35 europäischen Kurs durch ein programmatisch einheitliches Auftreten unterstreicht, erhöht
36 zudem die Wahlchancen bei den Europawahlen 2009.

Analyse Programmbausteine - Arbeitsdokument

Hintergrund:

Bislang existieren bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nationale Wahlprogramme der sozialdemokratischen Parteien und ein Wahlmanifest der SPE ohne notwendige direkte Bezüge nebeneinander. Für die Europawahlen 2009 soll der Interaktionsbereich zwischen beiden Ebenen durch die Formulierung gemeinsamer Programmbausteine deutlich gemacht werden. Diese einheitlichen Module sollen sich in allen nationalen Wahlprogrammen der SPE-Mitgliedsparteien wieder finden.

Ein entsprechender Initiativantrag des FA Europa wurde über den LaVo Berlin auf dem Bundesparteitag der SPD im Oktober 2007 eingebracht; er liegt zzt. im Parteirat.

Im Januar 2008 starteten die Vorbereitungen zur Formulierung des SPE-Wahlmanifests. Vier Mitgliedstaaten (BG, DE, IT, SE) bereiten die Themenkomplexe „European Democracy and Diversity“, „Save our Planet“, „New social Europe“ und „Europe in the World“ vor. Der Prozess wird interaktiv über die SPE-Plattform <http://manifesto2009.pes.org/> begleitet.

Vorgehen:

Eine Arbeitsgruppe des FA Europa hat eine Übersichtstabelle der europapolitischen Positionen der SPE-Mitgliedsparteien anhand von programmatischen Unterlagen erstellt. Programme aus Europawahlen, nationalen Wahlen sowie Grundsatz- und spezielle Europaprogramme haben hierbei Berücksichtigung gefunden. Analysiert wurden 16 Parteien aus 16 Ländern¹:

Dänemark (DK) – Socialdemokraterne
Finnland (FI) – Suomen Sosialidemokraattinen Puolue (SDP)
Schweden (SE) – Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti (SAP)

Belgien (BE) – Parti Socialiste (PS)
Deutschland (DE) – Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
Frankreich (FR) – Parti Socialiste (PS)
Niederlande (NL) – Partij van de Arbeid (PvdA)
Österreich (AT) – Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Großbritannien (GB) – Labour Party
Irland (IE) – Labour Party

Griechenland (EL) - Panellinio Sosialistiko Kinima (PaSoK)
Spanien (ES) – Partido Socialista Obrero Español (PSOE)

Bulgarien (BG) – Bălgarska Socialističeska Partija (BSP)
Polen (PL) – Lewica i Demokraci (LiD)
Tschechien (CZ) – Česká Strana Sociálně Demokratická (CSSD)
Ungarn (HU) – Magyar Szocialista Párt (MSZP)

Dabei wurde ein Screening nach europapolitischen Positionen in sieben Themenkomplexen vorgenommen:

1. Integrationsperspektive
2. Soziale Dimension
3. Wettbewerb / Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
4. Nachhaltigkeit / Ökologie
5. EU in der Welt
6. Bildung / Innovation
7. Bürgerrechte

¹ in Polen handelt es sich bei der LiD um einen Zusammenschluss mehrerer sozialdemokratischer und sozialliberaler Parteien, nicht alle hiervon sind Mitglieder der SPE.

Vorläufige Ergebnisse:

1. Integrationsperspektive

Die längerfristigen Vorstellungen, wie und wohin sich die EU entwickeln sollte, spiegeln sich in drei großen Themenkomplexen wider, die in den Programmen der sozialdemokratischen Parteien ständig wiederkehren. Dabei handelt es sich um

- a) die europäische Demokratie,
- b) die soziale Dimension der EU,
- c) den Aspekt Erweiterung bzw. Vertiefung der Gemeinschaft.

In fast allen Parteien wird explizit eine **Stärkung der europäischen Demokratie** verlangt; allein in PL und HU gibt es hierzu keine direkte Äußerung. Die Rezepte hierfür sind unterschiedlich, schließen sich jedoch gegenseitig nicht aus. Sie reichen von der Perspektive einer europäischen Staatswerdung (AT, DE, EL, FR) bis zu einzelnen Verbesserungsvorschlägen, wie der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen (BE, DK, FR), transparenteren Entscheidungsprozessen (IE) und einer Direktwahl des Kommissionspräsidenten (NL). Mehr Demokratie scheint am ehesten über eine Stärkung der Parlamente erreichbar. Mehrere Parteien fordern daher mehr Rechte für das Europäische Parlament, aber auch für die nationalen Parlamente in europäischen Fragen. Das Subsidiaritätsprinzip soll geachtet werden.

Auch die **Stärkung der sozialen Dimension** der EU ist ein Anliegen nahezu aller sozialdemokratischen Parteien. Die Tücke liegt hier jedoch im Detail, wie unter Punkt 2.) zu sehen ist. Ohne sich explizit gegen die soziale Dimension auszusprechen, betonen die Parteien in GB und HU, dass die EU in erster Linie einen Wirtschaftsraum darstellt. Labour spricht etwas kompliziert von der sozialen Dimension als einer „vitalen Komponente“ des Binnenmarktes – immerhin wird ihr damit eine gewisse Lebenskräftigkeit attestiert. In PL wird nur in Einzelpolitiken auf eine Ergänzung von Binnenmarkt und WWU um soziale Aspekte hingewiesen. Die PvdA in NL verhält sich indifferent. Jene Parteien, die sich weit reichende Regulierungen wünschen, stellen eine Verknüpfung zum vorgenannten Thema her: Nur in einer echten europäischen Demokratie ist demnach auch eine Sozialunion zu verwirklichen (AT, DE, EL, ES, FR). Eine Übertragung des skandinavischen Wohlfahrtsmodells auf die EU wünschen sich die Parteien in AT, ES, FI, SE. Die schwedische SAP droht zugleich damit, dass ihr nationaler Wohlfahrtsstaat die bessere Alternative zu einem nivellierten europäischen Wohlfahrtsmodell sei.

Im dritten Themenkomplex ist keine eindeutige gemeinsame Position feststellbar. Die Parteien oszillieren zwischen der Forderung einer Erweiterungspause (AT, BE, EL, FR), strengeren Beitrittskonditionen (AT, NL) und der Nennung möglicher Beitrittskandidaten, darunter die Balkanländer, einzelne osteuropäische Staaten und die Türkei. Der kleinste gemeinsame Nenner scheint durch die finnische SDP (Gleichschritt Erweiterung/Vertiefung) und die deutsche SPD (Beitrittszusagen einhalten) benannt zu werden.

2. Soziale Dimension

Mit unterschiedlichen Abstufungen wollen die sozialdemokratischen Parteien den Sozialbereich gegenüber der ökonomischen Integration stärken. Allein in GB sieht man die soziale Dimension bereits mit einer Stärkung der Wirtschaft und Beschäftigung erreicht. Die anderen Parteien machen konkrete Vorschläge die sich alle unter dem Dach eines **Sozialen Stabilitätspaktes** subsumieren lassen. Dazu gehören: europaweite Mindest-Sozialstandards (DE, DK, FI, SE), soziale Konvergenzkriterien (EL, FR), Mindestlöhne (AT, BE, CZ, FR, IE), europäische Vorgaben zu nationalen Sozialausgaben (BE, DE). Die griechische PASOK setzt außerdem auf zentraler Ebene an und möchte die europäischen Haushaltsmittel für soziale Zwecke massiv erhöhen. Für die LiD in PL steht der Mobilitätsaspekt im Vordergrund (Aufenthaltsrechte, Portabilitätsansprüche, Gesundheitsleistungen).

Diese offensichtlichen Gemeinsamkeiten in zumindest elf Parteien werden ergänzt durch weitere Einzelvorschläge zur Stärkung der sozialen Dimension:

- Bei der tschechischen CSSD kann man sich die Entwicklung eines gemeinsamen Sozialrechts, bei der schwedischen SAP ein europäisches Arbeitsrecht vorstellen.
- Vollbeschäftigung soll zum politischen Ziel der EU werden (AT, DK, ES, GB, SE).
- Gewerkschaften sollen gestärkt werden (AT, BG, DE, HU).
- Schutz der Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (AT, BG, DE, FI, FR, SE).

Die vorgenannten vier Vorschläge werden jedoch äußerst kontrovers rezipiert. So warnen etwa die sozialdemokratischen Parteien in GB und NL vor einer Unterminierung nationaler Arbeitsstandards durch EU-Recht.

Leichter scheint daher eine Einigung im Bereich der **Armutsbekämpfung** und der Verhinderung sozialer Exklusion innerhalb der EU zu sein. Keine Partei spricht sich dagegen aus; immerhin acht Parteien fordern eine Erhöhung der EU-Aktivitäten. Drei konkrete Vorschläge sind identifizierbar: Ein europäischer Länderfinanzausgleich (AT), die Stärkung der Sozial- und Kohäsionsfonds (ES) und zentrale Zielvorgaben für jedes Land orientiert an seinem BIP unter einem Monitoring durch die Kommission (IE). Der letztgenannte Vorschlag weist Ähnlichkeiten auf zu den Forderungen der belgischen PS und der deutschen SPD zu Vorgaben für nationale Sozialausgaben im Rahmen eines Sozialen Stabilitätspaktes (s.o.). Besonders in der SPD gibt es die Absicht, die Höhe der Sozialausgaben an die ökonomische Leistungsfähigkeit der Länder zu koppeln.

3. Wettbewerb / WWU

Viele der Parteien, die sich für eine Stärkung der sozialen Dimension Europas ausgesprochen haben, betonen in ihren Programmen auch die Notwendigkeit einer stärkeren makroökonomischen Koordinierung innerhalb der EU. Während das Sozial- und Lohndumping durch Maßnahmen eines neu einzurichtenden Sozialen Stabilitätspaktes verhindert werden soll, muss dem Steuerdumping durch eine **Koordinierung und Harmonisierung der Fiskalpolitiken** begegnet werden. Während die französische PS vorschlägt, dies über die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheide im Ecofin-Rat zu lösen, weisen andere Parteien auf konkrete Harmonisierungsmöglichkeiten hin. Wichtig ist dabei, dass die Steuer auf mobile Faktoren erhoben wird. Im Gespräch sind eine gemeinsame Körperschaftssteuer (BE, CZ) bzw. Mindestsätze hierfür (AT), eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuer (AT, DE) bzw. Mindestsätze hierfür (DE) und eine europäische Kapitalertragssteuer (AT). Ohne nähere Spezifizierung werden Mindeststeuersätze gefordert in BE, BG, FI. Eine eigene EU-Steuer können sich die Sozialdemokraten aus AT, DE, FI und FR vorstellen. Etwa die Hälfte der Parteien äußert sich nicht zur Steuerharmonisierung, allerdings ist deren Programmen auch kein offener Widerspruch zu entnehmen, wie es bei einigen Aspekten der sozialen Dimension der Fall ist (s.o.).

Sechs Parteien aus Mitgliedsländern der Eurozone fordern eine Erweiterung der EZB-Kriterien um die Aspekte Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, äquivalent zur amerikanischen FED (AT, BE, DE, EL, ES, FR); ebenso die Sozialdemokraten in BG und DK. Die deutsche SPD regt verbindliche gesamtwirtschaftliche Vorgaben in der EU an. Die PS in FR und die PSOE in ES fordern zur **Verwirklichung des makroökonomischen Dialogs** eine europäische Wirtschaftsregierung. Dieses Anliegen zeigt, wie bereits bei der sozialen Dimension, die Notwendigkeit einer zunehmenden Staatswerdung der EU (s.o.). Die PS möchte hierfür in der Eurozone die vertiefte Zusammenarbeit nutzen, steht damit aber alleine da. Uneinigkeit herrscht in der Bewertung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes: Während ihn die Parteien in AT, ES und FR reformieren wollen, warnt die finnische SDP vor seiner Aufweichung. Gegen einen vertieften makroökonomischen Dialog gibt es ebenso wie bei der Steuerharmonisierung keine expliziten Gegenargumente in den untersuchten Programmen.

Eine große Allianz sozialdemokratischer Parteien aus AT, CZ, DE, ES, FR, GB, NL, PL, SE fordert die **Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik** (GAP). Dabei steht der Abbau von Landwirtschaftssubventionen im Vordergrund. Als Ziele werden verfolgt: die Verwirklichung von Marktprinzipien (PL), die Beibehaltung der Umverteilung (FR), die Öffnung der Agrarmärkte für Entwicklungsländer (DE, GB) und die Einbeziehung ökologischer Produktionsweisen (DE). Außerdem ist das Thema im Zusammenhang mit einer Neuordnung des europäischen Haushalts virulent.

4. Nachhaltigkeit / Ökologie

Neben der allgemeinen Demokratisierung der EU (s.o.) *das* große Thema, zu dem sich fast alle sozialdemokratischen Parteien einig sind. Die **EU soll im weltweiten Klima- und Umweltschutz eine Vorreiterrolle übernehmen**, insbesondere durch die Förderung regenerativer Energien. Allein in GB und BE geben die untersuchten Programme nicht viele Informationen hierzu her. Die existierenden Vorschläge würden außer bei der Stärkung des Emissionshandels (GB, FI) stark in die Politiken der Nationalstaaten eingreifen. So etwa bei der Setzung von Normen durch die EU (HU, SE), Umwelt-Mindeststandards (DK) oder einer eigenen EU-Umweltsteuer (FI).

5. EU in der Welt

Die Sozialdemokraten in Europa sind sich nicht nur uneins, ob und wie zusätzliche Erweiterungen der EU stattfinden sollen. Auch jene Parteien, die hierfür plädieren, präferieren unterschiedliche potenzielle Beitrittskandidaten. Die Balkanstaaten sähen die Sozialdemokraten aus BG, CZ, EL, ES, GB und HU gerne als Mitgliedsstaaten; für die Türkei gibt es Unterstützung aus CZ, DE, EL, ES, GB und weitere osteuropäische Neumitglieder wünschen sich die Parteien in PL und HU. Bezüglich des **Ausbaus der Nachbarschaftspolitik** ist das Konsenspotenzial größer, wobei auch hier unterschiedliche geographische Schwerpunkte gesetzt werden: Osteuropa (BG, DE, ES, GB), Südeuropa (DE, ES, FR), Naher Osten (ES), strategische Partnerschaft mit Russland (DE, FR, PL).

Ein grenzüberschreitendes Anliegen der Sozialdemokraten in Europa ist die **Stärkung der Entwicklungshilfe**. Parteien aus elf Staaten fordern hier explizit gemeinschaftliche Anstrengungen. Die Vorschläge reichen von der schnellen Erfüllung des 0,7%-BIP-Ziels der UNO (DK, ES) über einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder (FR), einer gerechteren Handelspolitik – inklusive einer Reform der GAP, s.o. – (AT, DE, FI, GB, IE, SE) bis zur Verwendung der Mittel einer einzuführenden europäischen Tobin-Tax auf Finanzmarkttransaktionen (AT).

Über die weitere Rolle der EU in der Welt herrscht kaum Einigkeit unter den sozialdemokratischen Parteien. Allein die **Stärkung der EU in internationalen Organisationen** scheint eine Forderung, der alle Parteien zustimmen können. Dies gilt allerdings nicht für einen europäischen Sitz im UN-Sicherheitsrat, diese Forderung kommt nur aus DE und BE. Immerhin neun Parteien sehen die weltweite **zivile Krisenprävention und stabilisierende Friedenseinsätze** als europäische Aufgabe (BE, DE, DK, EL, ES, IE, NL, PL, SE). Internationale Einsätze sollen jedoch nur mit UN-Mandat stattfinden (DE, ES, NL, SE). Hierfür soll die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) weiter ausgebaut werden (BG, DE, EL, ES, IE, PL). Ein Ziel hierin stellt für die Sozialdemokraten aus DE, EL, FR, GB die Aufstellung einer gemeinsamen Armee dar. Im Detail bestehen jedoch differente Vorstellungen über deren Struktur und Organisation. So sieht Labour eine solche Armee nur innerhalb der NATO und als Parallelstruktur zu den weiter unabhängigen nationalen Militärstrukturen. Die PS spricht von einer „kontinentalen Verteidigungsgemeinschaft“ unter Einbeziehung Russlands (und unter Ausschluss von GB?). Ein anderer europäischer Schwerpunkt wird in der

Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gesehen (BE, ES, FI, FR), die französische PS schlägt hierfür die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheide im Rat vor. Vor dem Hintergrund des Irakkrieges betonen einige Parteien die Ebenbürtigkeit zu den USA als ein Ziel der Stärkung von Europas Rolle in der Welt (DE, DK, EL, FR, NL).

6. Bildung / Innovation

Außer den Parteien in GB und NL, die sich explizit gegen eine Einmischung der EU in nationale Bildungsangelegenheiten aussprechen, sehen die Sozialdemokraten in der **Schaffung und Etablierung einer Wissensgesellschaft** eine europäische Aufgabe. Bildung wird als europäische Schlüsselressource begriffen, deren Qualität und Zugang zu ihr verbessert werden sollte. Neben Forderungen nach gegenseitiger Anerkennung von Bildungsabschlüssen (AT, DE, ES), transnationalen Studien-, Bildungs- und Forschungsangeboten (AT, EL, ES) und der Förderung des lebenslangen Lernens (ES, FR), weisen insbesondere die deutsche SPD und die österreichische SPÖ auf eine notwendige Verknüpfung von Bildungs- und Sozialpolitik hin. Die SPD fordert in der Konsequenz äquivalent zu Vorgaben für die Sozialausgaben (s.o.) europäische Standards für die nationalen Bildungsausgaben entsprechend dem jeweiligen ökonomischen Entwicklungsniveau der Länder. Die belgische PS möchte ein europäisches Recht auf Bildung einführen.

7. Bürgerrechte

Eine breite Allianz sozialdemokratischer Parteien aus zehn Staaten hält die Entwicklung einer gemeinsamen **europäischen Immigrations-, Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik** für eine unerlässlich wichtige Aufgabe der EU (BG, DE, DK, EL, ES, FI, FR, HU, PL, SE). Die Interessen hinter dieser Forderung sind allerdings unterschiedlich. Während die SAP in SE den Migranten Bewegungsfreiheit innerhalb der EU zugestehen möchte und die französische PS von einer Harmonisierung der Asyl- und Aufenthaltsgesetze spricht, ist die LiD in PL vor allem an Hochqualifizierten interessiert, die sie mittels einer europäischen Greencard gewinnen möchte, und in DK wird eine gerechtere Lastenverteilung der Migranten angemahnt. Besonders die spanische PSOE drängt durch die besondere Betroffenheit des Landes auf europäische Regelungen und weist auf die Notwendigkeit der Behandlung von Immigration als Querschnittsthema der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hin.

Einig sind sich die sozialdemokratischen Parteien in der **Stärkung der Gleichberechtigung** der Geschlechter. Insbesondere im Wirtschaftsbereich müssen die Nachteile für Frauen endlich beseitigt werden: Über die EU sollen Diskriminierungen unterschiedlicher Lohnhöhen beseitigt und die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben gestärkt werden.

Schlussfolgerungen:

Zu 15 Einzelthemen zeichnen sich weit reichende Gemeinsamkeiten und einheitliche Forderungen der sozialdemokratischen Parteien ab. Diese sind:

1. Stärkung der europäischen Demokratie
2. Stärkung der sozialen Dimension der EU
3. Einrichtung eines Sozialen Stabilitätspaktes*
4. Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion innerhalb der EU*
5. Koordinierung und Harmonisierung der Fiskalpolitiken*
6. Stärkung des makroökonomischen Dialogs*
7. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

8. Übernahme einer Vorreiterrolle im internationalen Klima- und Umweltschutz*
9. Ausbau der Nachbarschaftspolitik*
10. Größere Anstrengungen in der Entwicklungshilfe
11. Stärkung der EU in internationalen Organisationen*
12. Zivile Krisenprävention und stabilisierende Friedenseinsätze
13. Etablierung einer europäischen Wissensgesellschaft*
14. Europäische Immigrations-, Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik
15. Stärkung der Gleichberechtigung

Zu jedem dieser Bereiche ist die Formulierung von Programmbausteinen möglich, zu denen eine breite Akzeptanz unter den sozialdemokratischen Parteien vorstellbar ist. Querverbindungen zwischen einzelnen Themen sind oben bereits aufgezeigt worden und können zu Bündelungen führen. Ein Abgleich mit dem SPE-Wahlmanifest von 2004 zeigt insbesondere bei den Themen 3, 4, 5, 6, 8, 9, 11 und 13 (durch * markiert) ein erhebliches Potenzial für neue gemeinsame sozialdemokratische Standpunkte.

Natürlich kann die Analyse von Wahl- und Parteiprogrammen nur ein bescheidenes Schlaglicht auf die Positionierung der hier untersuchten Parteien werfen. Die Qualität der Dokumente ist höchst different – ebenso wie Einfluss, Organisation, Größe und Geschichte der sozialdemokratischen Parteien in Europa. Die Aussagen in Europawahlprogrammen aus dem Jahr 2004 können durch natürliche programmatische Weiterentwicklungen und Führungswechsel in den Parteien heute eine ganz andere Relevanz besitzen. Zudem sind gerade die Wahlprogramme von temporären äußeren politischen Geschehnissen beeinflusst, die auf nationaler oder internationaler Ebene stattfinden. Deutlich zeigt sich dies beispielsweise in der Verärgerung vieler sozialdemokratischer Parteien über die Spaltung der EU in der Unterstützung des von den USA 2003 angeführten Irakkriegs. Hieraus resultieren sehr deutliche Forderungen nach europäischer Unabhängigkeit und Stärkung der ESVP. In einem anderen Politikbereich, der Förderung regenerativer Energien, existieren durch die besondere öffentliche Aufmerksamkeit für den globalen Klimawandel seit dem Jahr 2007 heute mutmaßlich weitergehende Forderungen und Ideen in den Parteien als hier identifiziert.

Diese Analyse kann jedoch gute Hinweise auf Grundtendenzen gleicher oder ähnlicher Forderungen sozialdemokratischer Europapolitik geben und zugleich einzelne partei- bzw. länderspezifische Vorbehalte verdeutlichen. In der weiteren Diskussion können auf einer solchen Grundlage unter Einbeziehung weiterer (aktuellerer) Informationen Kompromisslinien innerhalb der Sozialdemokratie elaboriert und Unterschiede zu anderen Parteifamilien herausgearbeitet werden.

26.01.2008 – Björn Hacker

Identifizierung einheitlicher Themen

I. Integrationsperspektive

1. Stärkung der europäischen Demokratie
 - Stärkung EP, nationale Parlamente
 - Achtung der Subsidiarität
 - Europäische Öffentlichkeit schaffen
 - Entwicklung einer Langzeitperspektive der EU
 - Soziale Dimension ist nur in demokratischer EU zu verwirklichen

II. Soziale Dimension

2. Stärkung der sozialen Dimension der EU
3. Einrichtung eines Sozialen Stabilitätspaktes
4. Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion innerhalb der EU
 - Hohe soziale Standards europaweit schützen, Dumping verhindern
 - Wachstum & Beschäftigung alleine gestalten keine Sozialunion; Binnenmarkt und WWU benötigen Ergänzung durch stärkere Koordinierung der Politiken der sozialen Sicherheit (sozialer Stabilitätspakt)
 - Armutsbekämpfung und soziale Eingliederung bedürfen größerer Aufmerksamkeit; Koordinierung dieser Politiken in Gemeinschaftspolitik überführen

III. Wettbewerb / WWU

5. Koordinierung und Harmonisierung der Fiskalpolitiken
6. Stärkung des makroökonomischen Dialogs
7. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik
 - Verhinderung von Steuerdumping durch Einigung auf einheitliche Besteuerungsgrundlagen auf mobile Faktoren und Mindestsätze hierfür
 - Engere makroökonomische Verflechtung zur koordinierten Reaktion auf internationale Finanzkrisen
 - Abbau der Landwirtschaftssubventionen

IV. Nachhaltigkeit / Ökologie

8. Übernahme einer Vorreiterrolle im internationalen Klima- und Umweltschutz
 - Förderung regenerativer Energien
 - Einheitliche Emissionsziele zielstrebig umsetzen
 - EU-Umweltstandards und gemeinsames Monitoring entwickeln
 - Forschungsprogramme zu Umwelttechnologien (Standortfaktor)

V. EU in der Welt

9. Ausbau der Nachbarschaftspolitik
10. Größere Anstrengungen in der Entwicklungshilfe
11. Stärkung der EU in internationalen Organisationen
12. Zivile Krisenprävention und stabilisierende Friedenseinsätze
 - Gleichschritt bei Erweiterung und Vertiefung der EU beachten
 - Eigenen Rahmen für institutionalisierte Nachbarschaftspolitik entwickeln

- EU als internationale Friedensmacht etablieren auf Grundpfeilern: a) umfassende Entwicklungshilfe, b) zivile Krisenprävention, c) geschlossenes Auftreten in internationalen Organisationen (GASP stärken)
- In ESVP Rahmen für stabilisierende Friedenseinsätze unter UN-Mandat entwickeln (Konfliktverhütung & Krisenmanagement)

VI. Bildung / Innovation

13. Etablierung einer europäischen Wissensgesellschaft

- Bildung ist wichtigste europäische Schlüsselressource
- Qualität von und Zugang zu Bildung verbessern
- EU-weite Anerkennung von Bildungsabschlüssen
- Transnationale Studien-, Weiterbildungs-, Forschungsangebote
- Bildungspolitik ist Sozialpolitik!

VII. Bürgerrechte

14. Europäische Immigrations-, Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik

15. Stärkung der Gleichberechtigung

- Einwanderung als europäisches Thema begreifen; gemeinsame Standards schaffen
- Migration ist Querschnittsthema der Sozial- und Beschäftigungspolitik
- Bessere Ausbildung und Integration der Zuwanderer gewährleisten
- In Herkunftsländern der Immigranten zur Steigerung des Wohlstands beitragen
- Diskriminierung für Frauen im Berufsleben eliminieren (Einkommen, Berufschancen)
- Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben unionsweit ermöglichen

Leitfaden zur Durchsicht der Programme der Schwesterparteien nach europapolitischen Positionen

X. Allgemeine Einordnung

- Größe?
- Relevanz im Parteienspektrum; Regierungsbeteiligungen?
- Ausrichtung stark links, gemäßigt, New Labour, ...?

1. Europäische Integrationsperspektive

- Integrations skeptisch / integrationsfreudig?
- Betonung von Erweiterung / Vertiefung?
- Fokussierung auf Wirtschaftsraum / politische (soziale) Union?
- Föderalistisch / intergouvernemental?
- Visionär / pragmatisch?

2. Soziale Dimension

- Gewerkschaften als Partner; Mitbestimmung?
- Position Lohn-, Sozialdumping? --- Sozialstandards?
- Mindestlöhne?
- Daseinsvorsorge? Public Services? – generell: Ausmaß an Privatisierung?
- Armutsbekämpfung?
- Stellenwert europ. / nationaler Standards in Sozialpolitik?

3. Fairer Wettbewerb/WWU

- Position zu Steuerdumping? ---- Harmonisierung?...Bemessungsgrundlagen?
- Weiterentwicklung Binnenmarkt?
- Wirtschaftsgovernance?
- Position zum Euro? --- EZB-Kriterien für Geldpolitik?
- Stabilitätspakt?
- Lissabonziele?
- EU-Steuer? --- Eigeneinnahmen / EU-Budget?

4. Nachhaltigkeit

- Umweltpolitik----Klimaschutz?
- Ökologisierung der Industriepolitik?
- Ressourcensicherheit/Energiemix? --- Atomkraft?
- Umwelttechnologie?

5. Friedensmacht Europa

- Erweiterung?
- Gerechte Außenhandelspolitik --- Agrarpolitik?
- Entwicklungspolitik----Rolle der EU?
- Krisenprävention durch Europa (zivil/militärisch?) -----internationale Einsätze?
- GASP?
- ESVP?

6. Bildung/Innovation

- Forschungspolitik? → koordinierte Industriepolitik?
- Harmonisierung Bildungswege/Abschlüsse?
- Weiterentwicklung Erasmus / Leonardo / Sokrates etc.?

7. Bürgerrechte

- Antidiskriminierung?
- Partizipation ---- Kinder-, Frauenrechte?, ---Minderheitenschutz?
- Integration /Migration als europ. Politik?
- Innere Sicherheit / Datenschutz?

8. Besonderheiten

- Situation/Tradition Land?
- Situation/Tradition Partei?
- Allgemeine Bemerkungen?

Ergebnisprotokoll

1. Treffen der AG Programmbausteine des FA Europa LV SPD Berlin 10.09.2007, 20h, Aufsturz, Berlin-Mitte

Anwesend: Salvador Becker, Eva Högl, Jens Jenssen, Katja Lass, Juri Maier, Philipp Steinberg, Klaus Suchanek, Frank Zimmermann, Björn Hacker (Protokoll)

Die AG bereitet für den FA dreierlei Aufgaben vor:

1. Initiativantrag Bundesparteitag

- Der vorgelegte Entwurf wird ergänzt durch einen Bezug zur Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD. Hier hatte der FA die Forderung nach einheitlichen Europawahlprogrammen erhoben, die gute Aussichten hat, Eingang in das Europakapitel des Grundsatzprogramms zu finden. Dieses Novum dient zugleich als Begründung für die Einbringung eines Initiativantrags.
- Der FA soll über den Entwurf in seiner Sitzung am 25.09.2007 beraten und für den verabschiedeten Antrag den LaVo um Unterstützung bitten.
- Wichtig ist die Unterstützung durch die Berliner Parteitagsdelegierten, da nur diese den Antrag initiativ einbringen und die erforderliche Anzahl von Unterstützerinnen/Unterstützern auf dem BPT organisieren können. Frank Zimmermann spricht in der Sache Michael Müller und Mark Rackles an. Außerdem muss das Berliner Mitglied in der Antragskommission des BPT informiert werden.
- Angelica Schwall-Düren als Vorsitzende der Europa-Kommission beim PV sollte baldmöglichst informiert/eingebunden werden (Suchanek?/Steinberg?)

2. Themenfindung Programmmodule

- Inhaltlich werden grob sechs Kategorien identifiziert, in denen die Notwendigkeit einheitlicher europäischer Politikkonzeptionen offensichtlich ist:
 - Soziale Dimension
 - Fairer Wettbewerb
 - Nachhaltigkeit/ökol. Industriepolitik
 - Friedensmacht Europa
 - Bildung/Innovation
 - Bürgerrechte
- Die AG möchte diese Makrothemenbereiche dem FA vorstellen, eventuelle weitere Anregungen aufnehmen und bis zu einem weiteren Treffen im Oktober gezielt die Wahlprogramme (2004) und ggf. aktuellere europapol. Papiere der Schwesterparteien auf Gemeinsamkeiten/Differenzen analysieren (Koordination: Jenssen/Hacker).

3. Beobachtung PES-Aktivitäten

- Die Anstrengungen der PES zur europaweiten, interaktiven Diskussion des Wahlmanifestes können uns eine Hilfe bei der Lancierung unserer Idee der Programmbausteine in den Schwesterparteien sein.
- Sobald Entwürfe für die Module vorliegen, können sie in den interaktiven Prozess eingespeist werden.
- Inwieweit der FA Europa sich darüber hinaus am sog. „Konsultationsprozess“ beteiligen kann/möchte, wird fortlaufend geprüft (Jenssen/Becker). Auch die weitere Vernetzung mit Parteigliederungen anderer Länder kann in einem späteren Stadium der Programmdiskussion relevant werden (vgl. Vorschläge Maier).

Ergebnisprotokoll

2. Treffen der AG Programmbausteine des FA Europa LV SPD Berlin 13.11.2007, 19h, Café Orange, Berlin-Mitte

Anwesend: Salvador Becker, Daniel Falkenstein, Jens Hahn, Ákos Jádi, Jens Jenssen, Philipp Steinberg, Björn Hacker (Protokoll)

TOP 1: Bericht Initiativantrag Bundesparteitag

Die erforderliche Anzahl von Unterstützern kam auf dem BPT in HH zusammen und die Antragskommission hat für Annahme votiert. Jedoch kam es aus zeitlichen Gründen leider nicht mehr zum Aufruf des Antrags. Er wurde an den Parteirat überwiesen. Für den LV Berlin sitzt dort u.a. Jörg-Otto Spiller. Philipp erkundigt sich bei ihm, wann das Gremium tagt.

TOP 2: Aktivitäten der PES zur Manifesto-Gestaltung

In der PES laufen die Vorbereitungen zur Gestaltung des gemeinsamen Wahl-Manifests für 2009 an. Dabei sind vier Themenkomplexe für die Diskussion vorgesehen:

- European Democracy and Diversity
- Save our Planet
- New Social Europe
- Europe in the World

Zum einen werden sich die nationalen Parteien aus BG, DE, IT und SE intensiv der Vorbereitung jeweils eines Themenkomplexes widmen (DE hat „New Social Europe“ übernommen), zum anderen sollen die vier Bereiche mittels der Internetplattform <http://manifesto2009.pes.org/en/> interaktiv von allen europäischen Parteimitgliedern diskutiert werden.

Unser Anliegen geht über das SPE-Manifest hinaus, da wir gemeinsame Programmbausteine in die jeweiligen nationalen Programme integrieren wollen. Durch Einspeisung unserer Ergebnisse in den PES-Prozess können wir u.U. beide Anliegen beschleunigen.

TOP 3: Planung der AG-Aktivitäten

bis Ende 12/2007:

Erstellung eines tabellarischen Dokuments, das auf einen Blick die Positionen der Schwesterparteien zu den von uns identifizierten Bereichen ausweist. Zu diesem Zweck ein **weiteres Treffen am 11.12.2007**, 20h (Ort wird in Einladung über Verteiler bekannt gegeben).

01-03/2008:

Feststellung von Gemeinsamkeiten und Differenzen; Ausarbeitung einheitlicher Bausteine

ab 04/2008:

- Beschluss des FA zu entwickelten Bausteinen als Empfehlungen über LV Berlin an BuVo (Europakommission, AG „New Social Europe“ (Felix Porkert)
- Einspeisung der Bausteine in interaktiven PES Manifesto-Prozess
- u.U. direkte Vernetzung mit Schwesterparteien anderer Länder

TOP 4: Erster Austausch nach Programmlektüre

Interessante Berichte zur allgemeinen Integrationsperspektive sowie zur sozialen und wirtschaftlichen Dimension der EU aus BE, BG, DK, FI, GB, LU, NL, SE, CZ, HU. Übereinkünfte,

- a) Stichpunkte zur Programmlektüre schriftlich **bis spätestens 05.12.2007** an bjorn.hacker@t-online.de zu übermitteln,
- b) die bisherigen 7 Kategorien zu ergänzen durch eine kurze Einordnung der Schwesterpartei (Größe, Relevanz, Ausrichtung) sowie Landes- und/oder Parteispezifitäten, die in den gelesenen Programmen eine herausragende Rolle spielen („Steckenpferd-Kategorie“),
- c) wichtige Unterkategorien zur Orientierung zu benennen. Oft ist in den Programmen besonders wichtig, was *nicht* explizit erwähnt wird...

Ergebnisprotokoll

3. Treffen der AG Programmbausteine des FA Europa LV SPD Berlin 19.02.2008, 20h, Café Orange, Berlin-Mitte

Anwesend: Jens Hahn, Jens Janssen, Thomas Schneider, Philipp Steinberg, Klaus Suchanek, Björn Hacker (Protokoll)

TOP 1: Diskussion und Bewertung der zusammengetragenen Positionen

Zwischenstand der bisherigen Aktivitäten:

- Initiativantrag auf BPT (wird voraussichtlich im März im Parteirat thematisiert)
- Screening von Wahl-, Grundsatz-, Europaprogrammen von 16 Parteien aus 16 Ländern in der SPE-Familie nach europapolitischen Themen
- Erstellen eines tabellarischen Überblicks der vorgenannten Arbeit
- Durchführung einer ersten Querschnittsanalyse zur Prüfung von Gemeinsamkeiten/Differenzen zwischen den Parteien
- Identifizierung möglicher Themen für einheitliche Programmbausteine
- Formulierung erster Programmbausteine als Beispiele zustimmungsfähiger Positionen

TOP 2: Identifizierung möglicher Programmbausteine

Die AG gestaltet einen Vorschlag mit neun Bausteinen, der dem nächsten FA vorgestellt und dort diskutiert werden soll. Der Inhalt dieser Bausteine leitet sich aus der bisherigen Arbeit ab und stellt thematische Konsenslinien unter den Schwesterparteien der SPE in den Vordergrund. In drei bis vier Sätzen werden jeweils ein Problem und die zugehörigen Vorschläge für eine sozialdemokratische Politik benannt. Im Sinne der Grundidee ihrer Einfügung in die nationalen Europawahlprogramme der Schwesterparteien sind die Bausteine kurz und eher allgemein gehalten. Konkretisierungen und Zuspitzungen sollen wie bisher in nationaler Regie entwickelt werden und die Bausteine einrahmen.

TOP 3: Weitere Arbeitsplanung

- Vorstellung des Zwischenstands auf der nächsten FA-Sitzung; Diskussion des Vorschlags für einheitliche Programmbausteine
- Einspeisung verabschiedeter Programmbausteine in die interaktive Manifesto-Kampagne
- Fertigstellung der Überblickstabelle (IT und LU fehlen noch), entsprechende Überarbeitung der Analyse
- U.U. Erarbeitung weiterer Aspekte aus der Programmarbeit, z.B. Rangfolge europapolitischer Themen in den jeweiligen Parteien; Klassifizierung unterschiedlicher Familien innerhalb der SPE
- Empfehlung an den FA, den LaVo um Erstellung einer Broschüre zu ersuchen, damit die vorliegende Arbeit (insbesondere die Tabelle) von Europapolitikern als Nachschlagedokument genutzt werden kann. Dies dient auch dem Zweck, sich als Berliner SPD nach der Grundsatzprogrammdiskussion weiterhin als europapolitische Speerspitze innerhalb der Bundespartei kenntlich zu machen.
- Empfehlung an den FA, Arbeitsprozess und Ergebnis zu den Programmbausteinen als Impuls und Beispiel zu Weiterarbeit und Vertiefung zu übermitteln an die europapolitische Kommission beim PV, den AK Europapolitik der FES, die SPE und ihre Abgeordneten im EP.
- Empfehlung an den FA, die Arbeit an Impulsen für ein deutsches sozialdemokratisches Europawahlprogramm aufzunehmen, worin sich die bisherigen Arbeiten (Grundsatzprogramm, Programmbausteine) wieder finden.

AG Programmbausteine – Überblick Analyse Schwesterparteien

Land	Partei / Allg. Einordnung	Integrationsperspektive EU	Soziale Dimension	Wettbewerb / WWU
Belgien (Philipp Steinberg) Programme: GE 2007 (PS) EP 2004 (SPA)	PS (SPA) <ul style="list-style-type: none"> ▪ PS ist die sozialistische Partei im französischsprachigen (wallonischen) Landesteil. Sie hat 20 Abgeordnete im Parlament und ist stärkste Partei in Wallonien. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Harmonisierung im Sozial- und Steuerbereich ▪ Verstärkung der Außen- und Sicherheitspolitik ▪ Mehrheitsprinzip 3. Säule ▪ „Denkpause“ bei der Erweiterung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „Pacte de dynamique Sociale“ (Bestimmter Anteil der Ausgaben für Soziales) ▪ Rahmenrichtlinie für Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse ▪ Recht auf Arbeit, europäischer Mindestlohn 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mindeststeuersatz/Gemeinsame Körperschaftssteuer Bemessungsgrundlage ▪ Verstärkter Dialog mit EZB, um nicht nur Preisstabilität zu berücksichtigen ▪ Europäische Industriepolitik ▪ Ausnahmen für Gesundheit, Bildung etc. vom Wettbewerbsrecht
Bulgarien (Björn Hacker) Programme: EP 2007 (BSP)	BSP (PBS) <ul style="list-style-type: none"> ▪ BSP ist Nachfolgepartei der kommunistischen BKP ▪ Beide Parteien bilden enge Allianz (Koalition für BG) ▪ Gewinnt letzte GE 2005 mit 34,2% u. stellt MP Sergei Stanischew ▪ Wahlen EP 2007 gehen mit 21,41% knapp verloren (5 von 18 Sitzen) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ New Social Europe mit PES schaffen ▪ Innere Reform EU; Stärkung EP 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ ESM stärken ▪ starke Gewerkschaften ▪ Public Services auf hohem Niveau ▪ Soziale Disparitäten, Armut innerhalb EU beseitigen ▪ BG auf europ. Standards bringen bei Arbeits- u. Gesundheitsbedingungen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Geldpolitik soll Wachstum, nachhaltige Entwicklung, Beschäftigung fördern ▪ Übernahme des € vorbereiten
Dänemark (Daniel Falkenstein) Programme: GS 2004 EP 2004 GE 2007	Socialdemokraterne <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fast durchgängig Regierungspartei bis 1981 ▪ In den 90ern Sozialreformen unter P.N.Rasmussen (Flexicurity, vgl. Agenda 2010) ▪ Derzeit 25% der Stimmen ▪ Eine von 4 linken Parteien 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erweiterung ist eine der wichtigsten Aufgaben der EU ▪ Innere Reform um erwünschte Erweiterung tragen zu können sind dringend notwendig (Mehrheitsentscheide etc.) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mindest-Steuersätze als Grundlage des Sozialstaats ▪ Ausbau der Strategie für Vollbeschäftigung ▪ Mindeststandards für Arbeitnehmer ▪ Soziale Marktwirtschaft als Ziel der EU 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mindeststandards/-steuern ▪ EZB soll ausgewogenere Zielsetzung vornehmen (Inflation / Beschäftigung) ▪ Bekämpfung von Monopolen und Kartellen

Legende: GS = Grundsatzprogramm Partei; GE = General Elections, nationalstaatlich; EP = Wahlen zum Europäischen Parlament

Land	Partei / Allg. Einordnung	Integrationsperspektive EU	Soziale Dimension	Wettbewerb / WWU
<p>Deutschland</p> <p>(Björn Hacker)</p> <p>Programme: GS 2007 EP 2004 GE 2005</p>	<p>SPD</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Seit 1998 in Regierung vertreten ▪ 2003 liberale Reformen unter BK Schröder (Agenda 2010) ▪ Seitdem massive Wahl- und Mitgliederverluste ▪ Parteichef: Kurt Beck ▪ 23 EP-Abgeordnete 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Subsidiaritätsprinzip achten ▪ EP stärken ▪ Europa muss mehr als Staatenverbund sein; EU muss pol. Antwort auf Globalisierung werden ▪ Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“ ▪ Demokratische u. soziale Wertegemeinschaft ▪ Leitbild einer politischen Union ▪ Staatswerdung Europas: parlamentarisch verantwortl. Regierung auf Basis einer Verfassung, föderaler Aufbau, Zweikammern-System ▪ Verstärkte Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten möglich ▪ Einheit in Vielfalt der unterschiedl. Nationen, Regionen, Kulturen, Religionen als Reichtum begreifen u. pflegen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verteidigung sozialer Errungenschaften ▪ EU soll Märkten dort sozialen u. ökologischen Rahmen setzen, wo der Nationalstaat machtlos ist ▪ Sozialer Ausgleich ist kein Standortnachteil; sozialer Frieden ist Standortvorteil! ▪ Europ. Sozialunion muss mit gleichem Rang neben WWU treten ▪ Verständigung auf sozialen Stabilitätspakt: Ziele u. Standards für nat. Sozialausgaben, orientiert an ökon. Entwicklung ▪ Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, aber verbindliche europ. Regeln u. Standards schaffen ▪ Mitbestimmung u. Tarifautonomie europäisch absichern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Abgestimmte wirtschafts- u. beschäftigungspol. Initiativen in Eurozone ▪ Reform GAP: Subventionen von Produktionsmenge entkoppeln u. an Lebensmittelqualität u. ökologische Produktionsweise binden ▪ Wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik mittels verbindlicher gesamtwirtschaftl. Vorgaben ▪ Mindestsätze u. einheitl. Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern um Dumping zu verhindern ▪ Freien Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen über EU absichern ▪ EU-Steuer aufbauen, Zuweisungen aus nat. Haushalten reduzieren
<p>Finnland</p> <p>(Jens Hahn)</p> <p>Programme: EP 2004</p>	<p>SDP</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 2007-Wahl: 21,4 % ▪ stellt Präsidentin ▪ z.Z. in Opposition ▪ Ausrichtung: vergleichbar SPD 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Osterweiterung positiv ▪ Forderung nach Programm für pot. Neue Mitgliedsstaaten ▪ Erweitern + Vertiefen wird als Einheit gesehen ▪ V.a. sozialpolitische Vertiefung wichtig ▪ Verhältnis ökon. vs. Pol. Union sehr ausgewogen ▪ Starke Parlamente (EU und national) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Alle Interessensgruppen einbeziehen, aber überschießenden Lobbyismus zurückdrängen ▪ Sozialdumping als Folge der Globalisierung ▪ EU-weite Mindest-Sozialstandards ▪ Soziale Frage nur durch Beschäftigung zu lösen ▪ Öffentliche Dienstleistungen sehr wichtig ▪ Nordisches Modell soll auf ganze EU übertragen werden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Steuern harmonisieren, kein Steuerdumping in EU ▪ Allgemeine Untergrenze für Steuern festlegen ▪ Binnenmarkt: Verbraucher stärken ▪ Stabilitätspakt nicht aufweichen ▪ Finnland als Vorreiter von Lissabon ▪ EU-weite Umweltsteuer

Land	Partei / Allg. Einordnung	Integrationsperspektive EU	Soziale Dimension	Wettbewerb / WWU
Frankreich (Laure Kaelble / Björn Hacker) Programme: EP 2004 GE 2007 Présidentielles 2007	PS <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erstgrößte Partei links des politischen Spektrums (47% bei der letzten Präsidentschaftswahl im Mai 2007) ▪ 31 MeP ▪ Massive Krise seit der Wahlniederlage vom Mai 2007 (Leadership, Inhalt) ▪ Zusammenarbeit SPD/PS auf Bundesebene 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europ. Demokratie- u. Sozialmodell gegen das vorherrschende Konzept des Unilateralismus und Ultraliberalismus stellen ▪ Einiges, starkes, soziales, solidarisches Europa ist Teil der sozialistischen Identität ▪ Staatswerdung der EU erwünscht, begründet auf notwendiger gemeinsamer Wirtschafts- und Sozialpolitik ▪ Vertiefte Zusammenarbeit in der Eurozone (nicht exklusiv): <ul style="list-style-type: none"> • Makroök. Koordinierung • Sozialkonvergenz • Fiskalische Harmonisierung ▪ Keine weiteren Mitgliedsanwärter, genaue Prüfung der jetzigen Kandidatenländer, strategische Partnerschaften für Ring der EU-Nachbarn 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kein soziales Europa ohne ein politisches Europa! ▪ EU soll die Bürger vor den negativen Aspekten der Globalisierung schützen ▪ Neben Ziel der wettbewerbsfähigsten Region soll dasjenige einer umverteilenden Ökonomie treten, die Wert auf die Qualität der Arbeitsplätze legt ▪ Einführung sozialer Konvergenzkriterien in EU: <ul style="list-style-type: none"> • europ. Mindestlohn • 35h-Woche 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialdumping und wilde Standortverlagerungen verhindern, u.a. durch Investitionsplan in den 10 neuen MS ▪ Services Publiques verteidigen ▪ Europ. Industriepolitik ▪ Europäische Regierung nötig für nachhaltige Wirtschaftspolitik („<i>gouvernement économique</i>“) ▪ Zukunftsinvestitionen in Arbeit, Bildung, Nachhaltigkeit dürfen im Stabilitätspakt nicht als Schulden gerechnet werden ▪ Koordinierung der nat. Haushaltspolitiken bis zur Harmonisierung der Fiskalpolitiken (mittels qualifizierter Mehrheit) ▪ Ergänzung EZB-Ziele um nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung ▪ Rahmengesetz für Dialog zw. EZB, EP, COM, Eurogruppe ▪ Höheres Budget für EU durch europ. Steuer ▪ Reform der GAP unter Beibehaltung der Umverteilungsmechanismen
Griechenland (Alexandros Tokhi) Programme: GE/EP 2004 GE 2007	PASOK <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gegründet 1974 ▪ Größte griechische Partei ▪ Von 1993-2004 an der Regierung ▪ Vorsitzender: George Papandreou (St-Vorsitzender) ▪ Derzeit Opposition 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vertiefung und höhere politische Integration sind zentrale Ziele. ▪ Die EU beschränkt sich nicht nur auf den Binnenmarkt, sondern ist v.a. auch eine politische Union. Die Union soll sich zu einer bundesstaatlichen und demokratisch verfassten Einheit weiterentwickeln. ▪ Vollendung der politischen Union in allen EU Politikbereichen. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Harmonisierung und Integration bez. einer europäischen Sozialpolitik mit den Zielen der sozialen Kohärenz zwischen den Mitgliedsstaaten und der europ. Solidarität. ▪ Vorschlag den EU-Haushalt auf 3% des EU-BIP anzuheben, um europ. Sozialpolitik zu verwirklichen. ▪ Stärkung der Umverteilung auf 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Ziele der EZB sollen erweitert werden: Neben der Preisstabilität müssen gleichrangig Wachstum und Beschäftigung stehen. ▪ Binnenmarkt als wichtigster Markt für griechische Unternehmen, die sich ihm öffnen sollen. ▪ Integrierte Wirtschaftspolitik, die aber Bedürfnisse kleinerer Länder berücksichtigt.

Legende: GS = Grundsatzprogramm Partei; GE = General Elections, nationalstaatlich; EP = Wahlen zum Europäischen Parlament

Land	Partei / Allg. Einordnung	Integrationsperspektive EU	Soziale Dimension	Wettbewerb / WWU
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Mitgliedschaft Griechenlands in der EU wird als Chance begriffen, die Wachstum und Entwicklung des Landes stärkt. ▪ Förderung eines starken und demokratischen Europas der Bürger. ▪ Unterstützung für eine europäische Verfassung. ▪ Stärkung europ. Bürgerrechte. ▪ Direkte Beteiligung der EU-Bürger an EU-Politik. ▪ Transparenz der EU-Institutionen stärken und deren Demokratiedefizit bekämpfen. 	<p>europ. Ebene mit besonderem Fokus auf regionale Entwicklung.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung von Konvergenzkriterien, die Maßstab europ. Sozialpolitik werden sollen. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einheitliche Energiepolitik ▪ Ausbau von Griechenlands Position als europäische Schnittstelle regionaler und transnationaler Energiekooperation (Östliches Mittelmeer, Balkan, Schwarzmeer, Italien).
<p>Großbritannien</p> <p>(Katja Lass-Lennecke)</p> <p>Programme: EP 2004 GE 2005</p>	<p>Labour (SDLP – Nordirland)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gegründet 1900 ▪ Seit 1994 unter Tony Blair Bruch mit traditionellen Werten: Risikoindividualisierung und Privatisierung statt Umverteilung und demokratischer Sozialismus ▪ 1997 fulminanter Wahlsieg von New Labour nach 18 Jahren Opposition ▪ Blair bis 2007 MP und PV, seitdem Gordon Brown ▪ 2004 gehen 21 von 78 britischen Sitzen im EP an Labour 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EU ist Instrument zum Erreichen nat. Ziele. Hilft GB insbes. im Wirtschaftsbereich: Arbeitsplätze, Handel. Aber auch Förderung v. Umweltstandards, Sozialschutz, int. Einfluss ▪ Betonung der souveränen MS ▪ GB möchte explizit Kontrolle über nat. Schlüsselinteressen behalten, insbes. Außenpolitik, Steuern, soziale Sicherheit, Verteidigung ▪ EU soll nat. Regierungen und Parlamenten stärker Rechenschaft ablegen u. sich im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nur auf das Nötigste konzentrieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Soziale Dimension ist „vitale Komponente“ des Binnenmarkts ▪ Vollbeschäftigung durch Stärkung der Wirtschaft gemäß Lisbon-Agenda ▪ Europ. Sozialpolitiken nur am Rande erwähnt, um soziale Exklusion zu verhindern ▪ Verhinderung einer Unterminierung britischer Arbeitsstandards 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fairer europ. Wettbewerb zum Schutz der britischen Industrie ▪ Europäische Energiemärkte vereinheitlichen ▪ EU-Erweiterung zum Schaffen von Jobs nutzen ▪ Unterstützung eines einheitlichen Dienstleistungsmarkts ▪ Wirtschaftsreformen vorantreiben, Regulierung überwinden ▪ Nationales ökon. Interesse ist Hauptbedingung für künftigen Euro-Beitritt. Notwendig sind parlamentarische Entscheidung UND positives Referendum

Land	Partei / Allg. Einordnung	Integrationsperspektive EU	Soziale Dimension	Wettbewerb / WWU
Irland (Björn Hacker) Programme: GE 2007	Labour <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gegründet 1912 ▪ Drittgrößte Partei Irlands ▪ Seit 1997 in der Opposition ▪ Vorsitz seit 2002: Pat Rabbitte ▪ 2004 geht nur einer von 13 irischen Sitzen im EP an Labour 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klimawandel, Armutsbekämpfung und Menschenhandel als zentrale EU-Themen, die auf nationalem Level nicht gelöst werden können ▪ Transparentere politische Prozesse in der EU ▪ Gerechteres Europa schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EU ist gespalten zwischen jenen, die einen „race to the bottom“ bei Beschäftigungsstandards und Löhnen fordern und jenen, die anständige Standards in einem Europäischen Sozialmodell bewahren wollen ▪ Irland will ein ESM, aber nicht als Alternative, sondern als Grundlage von verstärktem Job-Wachstum ▪ ESM soll helfen, eine Entwicklung zu einer Niedriglohnwirtschaft zu verhindern ▪ ESM soll auf den gemeinsamen Werten Gleichheit, Solidarität, Umverteilung beruhen ▪ Kommission soll klare Zielvorgaben zur Reduktion der Armut, gemessen am jeweiligen nationalen BIP, vorgeben und den Fortschritt kontrollieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechte und Pflichten öffentlicher Dienstleistungen müssen durch EU-Gesetze klargestellt werden
Niederlande (Michael Schäfer) Programme: GS 2005 EP 2004 Europamanifest 2005	PvDA <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bei den letzten Wahlen im Nov. 2007 erlitt die Partei schwere Verluste (33 Sitze). Nichtsdestotrotz trat die Partei zusammen mit der CDA und der Christenunie in ein neues Kabinett ein mit dem Motto: „Zusammen arbeiten, zusammen leben“. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EU demokratischer machen ▪ Stärkung der europ. Demokratie bes. auf nat. Level durch Europäisierung nat. pol. Debatten (Parlament NL) ▪ Vors. COM direkt wählen ▪ Achtung des Subsidiaritätsprinzips. Aber mehr Europa in der Außenpolitik. ▪ Zukünftige Beitritte zur EU nur, wenn „alle“ Forderungen erfüllt sind. ▪ Eine politische Union ist nicht unbedingt erforderlich. ▪ Stärkung der nationalen Parlamente. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine stärkere europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens. So wie der Wohnungsbau und die Bildung muss auch hier die Zuständigkeit im nationalen Rahmen bleiben. ▪ Für Menschen aus anderen Mitgliedstaaten gelten die nationalen Arbeitsnormen. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Durchgreifende Reform des europäischen Haushalts. ▪ Verminderung des Einsatzes von Strukturfonds. Abbau der Landbausubventionen. ▪ Noch vorhandene Beschränkungen im freien Verkehr der Bürger innerhalb der EU müssen aufgehoben werden.

Legende: GS = Grundsatzprogramm Partei; GE = General Elections, nationalstaatlich; EP = Wahlen zum Europäischen Parlament

Land	Partei / Allg. Einordnung	Integrationsperspektive EU	Soziale Dimension	Wettbewerb / WWU
<p>Österreich</p> <p>(Björn Hacker)</p> <p>Programme: GS 2001 Europäisches Wirtschaftsprogramm 2006</p>	<p>SPÖ</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 1889 Gründung als Sozialdemokratische Arbeiterpartei ▪ Stärkste Partei bei der Nationalratswahl 2006 (35,3%) ▪ PV Alfred Gusenbauer ist Bundeskanzler einer SPÖ-ÖVP-Koalition seit 2007 ▪ Seit 2004 stellt die SPÖ mit Heinz Fischer den Bundespräsidenten ▪ 8 von 18 österreichischen Sitzen im EP gehen 2004 an die SPÖ (33,5%) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europa zu einer vorbildlichen Region der Demokratie und Stabilität in der Welt entwickeln ▪ Nur vollwertige europäische Demokratie kann echte Sozialunion sicherstellen ▪ Soziale Dimension stärken, von Fesseln des Neoliberalismus befreien ▪ Gemeinschaft der Solidarität, Chancengleichheit, Toleranz und Sicherheit schaffen ▪ Erst wenn die Handlungsfähigkeit wieder hergestellt ist, sind neue Erweiterungen möglich 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beschäftigungs- und Sozialunion soll WWU ergänzen: „Europäisches Wohlfahrtsmodell“ als Ziel ▪ Skandinavische Länder zeigen, dass soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Prosperität kein Widerspruch ist ▪ Entwicklung gemeinsamer Sozial- und Mindeststandards zur Vermeidung des Wettbewerbs der Sozialsysteme ▪ Rückbesinnung, dass die ursprüngliche Lissabonagenda die Vereinbarkeit wirtschaftlicher Effizienz und einem starken Sozialstaat enthielt ▪ Abkehr vom Standortwettbewerb ▪ Bekenntnis zur Vollbeschäftigung ▪ Europäischen Finanzausgleich einrichten ▪ Ausbau der Sozialpartnerschaft, Stärkung der Gewerkschaften ▪ Existenzsichernde Mindestlöhne ▪ Daseinsvorsorge nicht nach bloßen Wettbewerbskriterien behandeln 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kapitalkonzentrationen und Monopole bekämpfen ▪ Harmonisierung der Steuersysteme vorantreiben <ul style="list-style-type: none"> • einheitliche Bemessungsgrundlage bei Unternehmenssteuern • Mindestsatz der Körperschaftssteuer • Europ. Kapitalertragssteuer ▪ Durch Steuern eigene Einnahmequelle der EU schaffen ▪ Koordinierte Wirtschafts-, Fiskal- und Verteilungspolitik ▪ Erweiterung der EZB-Kriterien um Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung ▪ MOEL sollen nach Beitritt zur Eurozone höhere Inflationsraten erlaubt sein während ihres wirtschaftlichen Aufholprozesses ▪ Reform des Stabilitätspaktes: <ul style="list-style-type: none"> • kein Festhalten am willkürlichen 3%-Defizitkriterium • öffentliche Investitionen berücksichtigen • Abstand zum langfristigen Trendwachstum berücksichtigen • Im konjunkturellen Hoch muss Verschuldung zurückgefahren werden ▪ Reform der GAP: Streichung der Exportsubventionen

Land	Partei / Allg. Einordnung	Integrationsperspektive EU	Soziale Dimension	Wettbewerb / WWU
Polen (Johannes Dietrich) Programme: GE 2007 (LID)	SLD UP (LID) <ul style="list-style-type: none"> ▪ LID = „Linke und Demokraten“; - Wahlbündnis sozialdemokratischer, linker u. liberaler Parteien (SDLP, PD, SLD, UP). Nur SLD u. UP gehören zu SPE. ▪ LID existiert seit 09/2006, Vorsitz: Aleksander Kwasniewski. ▪ Bei GE 2007 mit 13,5% drittstärkste Kraft. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ bessere Integration Polens, um eigenen Einfluss geltend machen zu können ▪ bessere Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten (insbes. mit Deutschland und im Rahmen des Weimarer Dreiecks sowie den Visegrad-Staaten) ▪ EU soll zivilisatorisches Modell sein, das europäische Werte in der Welt verbreitet u. int. schafft, die auf Verantwortlichkeit und Solidarität beruht 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Sozialstaat soll nicht erst in der akuten Krise greifen, sondern vor allem dem Sturz in Armut und soziale Exklusion vorbeugen ▪ Ein Model der „flexicurity“ nach dänischem Vorbild ist – auch durch Anpassung des Arbeitsrechts – anzustreben ▪ Die Arbeitsvermittlung muss effektiver werden und Weiterbildung ist zu fördern ▪ Die Mobilität innerhalb der EU soll durch einheitliche Vorschriften zu Aufenthaltsstatus, Portabilität von Rentenansprüchen und der Möglichkeit grenzüberschreitender Gesundheitsdienstleistungen verbessert werden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Vollendung des Binnenmarktes, d.h. die Abschaffung aller Beschränkungen der Grundfreiheiten wird angestrebt ▪ Die Einführung des EURO zur Steigerung der wirtschaftlichen Attraktivität Polens wird als Ziel genannt ▪ Die Modernisierung der polnischen Wirtschaft bedarf - auch in der Finanzierungsperspektive 2014 – 2020 - weiterhin der finanziellen Unterstützung durch die EU, auch zur Überwindung der Unterschiede des wirtschaftlichen Entwicklungsstands der Mitgliedstaaten ▪ Die Agrarpolitik soll stärker dem Markt geöffnet werden, eine Renationalisierung jedoch vermieden werden ▪ Polnische Unternehmen sollen auf dem Weltmarkt gestärkt werden, dies sollte eine Priorität der Außenpolitik sein

Legende: GS = Grundsatzprogramm Partei; GE = General Elections, nationalstaatlich; EP = Wahlen zum Europäischen Parlament

Land	Partei / Allg. Einordnung	Integrationsperspektive EU	Soziale Dimension	Wettbewerb / WWU
<p>Schweden</p> <p>(Björn Hacker)</p> <p>Programme: GS 2001 EP 2004 GE 2006 Internat. Prg. 2005</p>	<p>SAP</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 1889 gegründet; stark von dt. SPD beeinflusst ▪ Häufige Regierungseteiligungen im 20. Jhd. ▪ Verlieren letzte GE 2006 mit 34,99%: Opposition ▪ Parteivorsitzende seit 2007: Monika Sahlin ▪ Wahlen EP 2004 mit 24,7% gewonnen; - 5 von 19 Sitzen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ steht für Demokratischen Sozialismus in EU ▪ Nationalstaat bleibt Hauptplattform für europ. Demokratie – europ. Themen müssen stärker in nat. pol Prozesse integriert werden ▪ Globalisierung erfordert intensive Kooperation in EU ▪ Politik darf nicht vom Markt bestimmt werden ▪ Entscheidungen müssen an richtiger Stelle getroffen werden – nur was nicht in SE gelöst werden kann, soll auf EU-Ebene entschieden werden ▪ Verwirklichung von mehr sozialdem. Positionen in SE gilt als Alternative zu nivellierter EU-Politik (bes. WFS) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europ. Politik für Vollbeschäftigung vonnöten ▪ Verhinderung von Sozialdumping ▪ Europ. Arbeitsrecht entwickeln ▪ Stabilitätspakt für Arbeit u. Vollbeschäftigung ▪ Mindeststandards für Sozialstandards u. Arbeitsleben ▪ WFS-Politik wird in den MS gestaltet – dennoch ist stärkere Kooperation von SPE u. Gewerkschaften nötig ▪ Stärkere Umverteilung zu armen EU-Regionen ▪ Dienstleistungen europ. Regulieren ohne Risiken für Arbeitsrechte und Löhne 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landwirtschaftssubventionen umwandeln in Wohlfahrtsentwicklung, Umweltpol., Wirtschaftsförderung etc. ▪ aktive Wettbewerbspol. – Verhinderung von Oligopolen ▪ EU Budget besser nutzen u. nicht erhöhen ▪ Steuerflucht verhindern
<p>Spanien</p> <p>(Friederike Alcovero)</p> <p>Programme: GS 2006 EP 2004 GE 2004</p>	<p>PSOE</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ José Luis Rodríguez Zapatero wurde am 16. April 2004 vom spanischen Parlament zum Ministerpräsidenten gewählt und einen Tag später von König Juan Carlos I. vereidigt ▪ Parlamentswahlen im März 2008 ▪ Wahlprojekt der PSOE: „Spanien des Wohlstands und der Beschäftigung“ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der Demokratie in der EU ▪ Politische Union als Ziel ▪ Vertrauen in das Europäische Parlament ▪ Europa muss eine führende Rolle bei der Schaffung gerechter Regeln für die Globalisierung einnehmen ▪ Verbesserung der Rechte und des Schutzes der Bürger ▪ Europa ist mehr als die Summe nationaler Interessen, nämlich ein politisches Projekt, basierend auf gemeinsamen Werten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung eines Europäischen Sozialmodells ▪ Priorität auf Vollbeschäftigung und gute Arbeit („empleo de calidad“) ▪ Starke Solidarität zwischen armen und reichen Regionen ▪ Neumitglieder haben Anspruch auf Kohäsionsmittel, aber auch in Regionen der EU-15 besteht weiterhin Bedarf ▪ Skandinavische Länder zeigen, dass ein hohes Wohlfahrtsniveau nicht zulasten der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit gehen muss. Daher gilt es, den europäischen WFS zu schaffen, der ein hohes Niveau sozialer Sicherheit bietet 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ In Eurozone eine echte Wirtschafts- und Sozialregierung („gobierno económico y social“) errichten. Aufgaben: <ul style="list-style-type: none"> • Arbeit und nachhaltige ökon. Entwicklung • Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken • Entwicklung des europäischen Sozialmodells ▪ Der Erfolg des Euro-Projektes wird erst mit der Errichtung einer politischen Union vollendet sein ▪ Stabilitäts- und Wachstumspakt reformieren: Ausgaben für Infrastruktur, Bildung, Investition und Entwicklung berücksichtigen ▪ GAP reformieren

Land	Partei / Allg. Einordnung	Integrationsperspektive EU	Soziale Dimension	Wettbewerb / WWU
<p>Tschechische Republik</p> <p>(Ákos Jádi)</p> <p>Programme: Europamanifest</p>	<p>CSSD</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ wurde 1878 als Teil der österreichischen Sozialdemokratie gegründet ▪ Bei den EP-Wahlen erlangte die CSSD 8,8 % ▪ Bei den nationalen Wahlen 2006 erlangte die CSSD 74 und wurde hinter der ODS zweitstärkste Kraft. ▪ Vorsitzender ist Jiri Paroubek 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der Rolle des EP und der nationalen Parlamente 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung von Wettbewerbsfähigkeit darf nicht zu einer der sozialen Standards führen (Sozial- und Steuerdumping, Zerstörung des Sozialstaates) ▪ Es darf bei einer fortschreitenden Integration nicht nur auf ökonomische Belange abgestellt werden. Die Schaffung eines sozialen Europa muss das Ziel sozialdemokratischer Politik sein ▪ Verringerung der sozialen Ungleichheit ▪ Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität ▪ Schaffung effektiver Mittel der sozialen Absicherung ▪ Schaffung von Beschäftigung. Als Maßnahmen hierzu wird vorgeschlagen: Ausarbeitung eines gemeinsamen Sozialrechts mit dem Ziel der Vereinheitlichung der Sozialpolitik und der Sozialgesetzgebung (bspw. Mindesteinkommen für Berufstätige, Erwerbslose und Mittellose, Einführung eines Rechts auf Bildung und auf Wohnraum) ▪ Vorbildfunktion hat hier das skandinavische Modell nach schwedischem und dänischem Vorbild 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung eines freien wirtschaftlichen Wettbewerbs ▪ Angleichung der Wettbewerbsbedingungen ▪ Klare Unterstützung für die Ziele der Lissabon-Strategie ▪ Vollendung des Binnenmarktes für Waren, Dienstleistungen und Kapital ▪ Erhöhung der Beschäftigungsquote innerhalb der EU ▪ Verbesserung der Investitionsbedingungen für Unternehmer (ins. bei der Administration) ▪ Vereinheitlichung der Körperschaftssteuer ▪ europaweit einheitlicher Kampf gegen Korruption und Steuerbetrug ▪ Schutz des geistigen Eigentums ▪ Umgestaltung der Landwirtschaft; Verringerung der Exportsubventionen, Quoten und Beschränkungen in der Landwirtschaft

Land	Partei / Allg. Einordnung	Integrationsperspektive EU	Soziale Dimension	Wettbewerb / WWU
<p>Ungarn</p> <p>(Ákos Jádi)</p> <p>Programme: GS</p>	<p>MSZP (MSZDP)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 1990 als Nachfolgepartei der MSZMP gegründet ▪ Bei den letzten Europawahlen erlangte die MSZP 9 der 24 Mandate. ▪ Bei den Parlamentswahlen 2006 wurde die MSZP mit 190 von 386 stärkste Fraktion ▪ Vorsitzender ist Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fokussierung der EU auf Wirtschaftsraum 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ziel der Politik die Stärkung von Gewerkschaften ▪ Rolle des Staates als Partner der Bürger und der Zivilgesellschaft. Er greift nur dort ein, wo diese ▪ Aktive Beschäftigungspolitik nur als korrigierendes Mittel 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bekenntnis zum Binnenmarkt und den Grundfreiheiten ▪ Globalisierung verlangt neue Antworten von der EU, die sich im Lissabon-Prozess wieder finden lassen ▪ Globalisierung darf nicht zu Lasten einzelner Staaten oder internationaler Organisationen geschehen ▪ Befürwortung einer Gemeinsamen Energiepolitik zur Verringerung einer einseitigen Abhängigkeit

Land	Partei	Nachhaltigkeit / Ökologie	EU in der Welt	Bildung / Innovation
Belgien (Philipp Steinberg) Programme: GE 2007 (PS) EP 2004 (SPA)	PS (SPA)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schlüsselrolle Klimaschutz (keine Spezifikationen) ▪ Schutz von Biodiversität, Zusammenarbeit mit NGOs ▪ Insgesamt sehr wenig, schwach. Auswahl der Themen scheint willkürlich 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sitz im Sicherheitsrat für EU ▪ EU Anwalt der armen Länder ▪ Verbesserung der zivilen Krisenprävention ▪ Keine Aussagen zur Verteidigungspolitik ▪ Pause bei der Erweiterung ▪ Ausbau Nachbarschaftspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau von Erasmus, Studienmobilität ▪ Recht auf Bildung verwirklichen ▪ Statut des „Europäischen Wissenschaftlers“ (?) verwirklichen
Bulgarien (Björn Hacker) Programme: EP 2007 (BSP)	BSP (PBS)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ in Atomkraft investieren ▪ Effizienz u. Anreize für erneuerbare Energien stärken 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ ESVP für Konfliktprävention, Krisenmanagement ▪ Pro Beitritt der Balkanländer ▪ Engagement in Schwarzmeer-Kooperationen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Qualität u. Zugang zu höherer Bildung verbessern
Dänemark (Daniel Falkenstein) Programme: GS 2004 EP 2004 GE 2007	Socialdemokraterne	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mindeststandards ▪ Mehr Durchschlagskraft für die EU auf globaler Ebene 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fairer Zugang zum Weltmarkt (WTO) ▪ Min. 0,7% des BIP für Entwicklungshilfe ▪ Stärkung der Menschenrechte ▪ Es braucht eine stabile und starke EU in einer unstablen Welt ▪ EU als Gegengewicht zu den USA 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verknüpfung Bildung und Soziale Sicherung wichtig
Deutschland (Björn Hacker) Programme: GS 2007 EP 2004 GE 2005	SPD	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EU soll Vorreiter u. Verfechter einer globalen Umweltpolitik werden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beitrittszusagen einhalten, auch gegenüber Türkei ▪ Benachteiligungen für Entwicklungsländer beenden, GAP reformieren ▪ SPD versteht sich als „Anwalt der armen Länder“ ▪ Weltweites Engagement der EU um Konflikte präventiv zu verhindern ▪ Eigenständige europ. Friedenspolitik entwickeln ▪ ESVP zu Sicherheits- u. Verteidigungsunion entwickeln ▪ Int. Einsätze nur auf Grundlage 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildung ist Schlüsselfaktor für Europas wirtschaftlichen Erfolg ▪ Europa zu Wissensgesellschaft umbauen ▪ Verwirklichung eines europ. Bildungs- u. Forschungsraumes ohne bürokratische Hürden ▪ Anerkennung von Bildungsabschlüssen verbessern ▪ Ziele u. Standards für nat. Bildungsausgaben entsprechend ökon. Entwicklung

Legende: GS = Grundsatzprogramm Partei; GE = General Elections, nationalstaatlich; EP = Wahlen zum Europäischen Parlament

Land	Partei	Nachhaltigkeit / Ökologie	EU in der Welt	Bildung / Innovation
			<p>des Völkerrechts u. der UN-Charta</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Strategische, ebenbürtige Partnerschaft mit USA ▪ Nachbarschaftspolitik im Osten u. Süden entwickeln ▪ Langfristig europ. Armee schaffen ▪ Strategische Partnerschaft mit Russland ▪ EU soll langfristig eigenen Sitz im UN-Sicherheitsrat bekommen 	
<p>Finnland</p> <p>(Jens Hahn)</p> <p>Programme: EP 2004</p>	SDP	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umwelt und Klimaschutz zentral ▪ Ressourcenverbrauch + Verschmutzung stärker besteuern ▪ Emissionshandel stärken ▪ Kyoto stärken ▪ Umwelttechnik als Schlüssel ▪ Problem der Abhängigkeit von Russland ▪ EU-weite Umweltsteuer 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Armutsbekämpfung durch nachhaltige und faire Handels- und Entwicklungspolitik ▪ EU führend in Entwicklungspolitik, deshalb Einfluss in intern. Organisationen stärken ▪ GSAP + NATO wichtig 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 3% BIP in Bildung/Forschung ▪ Bildung als der zentrale Faktor (nordisches Modell)
<p>Frankreich</p> <p>(Laure Kaelble / Björn Hacker)</p> <p>Programme: EP 2004 GE 2007 Présidentielles 2007</p>	PS	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung erneuerbarer Energien 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europa als globaler pol. Akteur soll Vorkämpfer für gerechtere Weltordnung werden: <ul style="list-style-type: none"> • Multipolar • Umverteilung des Reichtums • Schuldenerlass für arme Länder ▪ Einheitl. Auftreten in int. Organisationen ▪ Kontinentale Verteidigungspartnerschaft mit Russland ▪ Neue Mittelmeerinitiative ▪ Partnerschaft mit USA auf gleicher Augenhöhe ▪ GASP mit qualifizierter Mehrheit ▪ Verteidigungsunion mit europ. Armeeeinheiten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erasmus für Erwachsene schaffen

Land	Partei	Nachhaltigkeit / Ökologie	EU in der Welt	Bildung / Innovation
Griechenland (Alexandros Tokhi) Programme: GE/EP 2004 GE 2007	PASOK	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung eines ökologisch fundierten Wirtschaftswachstums ▪ Unterstützung erneuerbarer Energien (Ziel: 20% der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen) ▪ Schaffung von Arbeitsplätzen im Umweltmanagement ▪ Senkung der Luftverschmutzung ▪ Verbesserung und europ. Koordinierung des Brandschutzes. ▪ Koordinierung des gemeinschaftlichen Waldschutzes. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tiefgehende Integration der GASP/ESVP ▪ Gemeinsame Verteidigungsplanung und Armeeeinheiten. ▪ Beziehung auf gleicher Augenhöhe zu den USA. ▪ EU als Macht der Stabilität, des Friedens und der Zusammenarbeit, die effektiv Krisen beilegen sollte. ▪ EU als Förderin der universellen Menschenrechte und demokratischer Normen und governance. ▪ Förderung einer multilateralen Weltordnung. ▪ Verteidigung und Schutz der EU-Bürger vor äußeren Bedrohungen und Risiken. ▪ Beitrittsperspektive für alle Staaten von Südosteuropa (westl. Balkan, Türkei) bei Erfüllung der Beitrittskriterien. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung der europäischen F&E-Programme und höhere Beteiligung Griechenlands an diesen. ▪ Ausbau Europas zur Wissensgesellschaft und Eingliederung Griechenlands in diese. ▪ Gemeinsame Entwicklung der europäischen Hochschullandschaft zusammen mit den europäischen Forschungsprogrammen. ▪ Förderung gemeinsamer europäischer Masterprogramme.
Großbritannien (Katja Lass-Lennecke) Programme: EP 2004 GE 2005	Labour (SDLP – Nordirland)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung des Emissionshandels in Europa 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Universelle Werte (Menschenrechte, Demokratie) in der Welt zu verbreiten wird v.a. der UN zugeschrieben ▪ Türkei, Balkan u. Osteuropa EU-Beitritt näher bringen ▪ Gründung eigener EU-Verteidigungseinheiten zum Einsatz in humanitären Krisen – im Rahmen der NATO u. ohne die selbständige britische Verteidigungsoption zu gefährden ▪ Europ. Entwicklungshilfe verbessern. EU soll sich um die ärmsten Länder kümmern, bes. Afrika ▪ Reform der GAP zur Öffnung der Märkte für Entwicklungsländer 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildung wird als rein nationale Angelegenheit gesehen, Einmischung der EU wird abgelehnt. EU-weite Kooperation auf diesem Feld ist unerwünscht.

Legende: GS = Grundsatzprogramm Partei; GE = General Elections, nationalstaatlich; EP = Wahlen zum Europäischen Parlament

Land	Partei	Nachhaltigkeit / Ökologie	EU in der Welt	Bildung / Innovation
<p>Irland</p> <p>(Björn Hacker)</p> <p>Programme: GE 2007</p>	<p>Labour</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ An einzelnen EU-Staaten (DE, FR, SE) ein Beispiel nehmen und in regenerative Energien investieren ▪ CO²-Reduktion ist keine Bedrohung der Ökonomie, sondern Chance auf neue Absatzmärkte ▪ Irland könnte sich vom Importeur fossiler Brennstoffe zum Exporteur von Wind- und Wasserenergie entwickeln ▪ Durch europäische Umweltpolitik kann Blockadesituation der Integration aufgehoben werden; EU kommt dem Bürger näher 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mitentwicklung der ESVP, jedoch kein Beitritt zu europäischen Kampfverbänden. Allein zu Friedenssichernden Einsätzen ist eine Beteiligung vorstellbar. ▪ EU soll ökonomische Macht zur Armutsbekämpfung in der Welt nutzen ▪ Einsatz für gerechteren Welt-handel ▪ EU-Entwicklungspolitik darf nicht eigene Anstrengungen der ärmsten Länder unterminieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ K.A.
<p>Niederlande</p> <p>(Michael Schäfer)</p> <p>Programme: GS 2005 EP 2004 Europamanifest 2005</p>	<p>PvDA</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Auf dem Gebiet der Entwicklung der Produktion von Nahrungsmitteln in armen Ländern. Keine stärkere Liberalisierung des Marktes sondern mehr internationale Regeln. ▪ Auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit, des wirtschaftlichen Wachstums und der Arbeitsbeschaffung. ▪ Auf dem Gebiet des Klimaschutzes. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beschränkung des Waffenhandels weltweit. ▪ Einsparungen im Verteidigungshaushalt. Neustrukturierung der Armee: Stärkere Präsenz bei internationalen Friedensmissionen. ▪ Forderung nach eindeutigen UN-Mandaten. ▪ Beachtung des internationalen Kriegsrechts. ▪ Gemeinsame Strategie innerhalb der Nato: Keine europäische Soldaten für einseitige amerikanische Kriegseinsätze. ▪ Gemeinsame und energische europäische Position im Nahostkonflikt: Zwei-Staaten Lösung, Beendigung der Besatzungspolitik Israels, Abschaffung der israelischen Sperranlagen. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kompetenz der Bildungspolitik muss national bleiben. ▪ Innovation von Produkten und Erhöhung der Arbeitsproduktivität

Land	Partei	Nachhaltigkeit / Ökologie	EU in der Welt	Bildung / Innovation
Österreich (Björn Hacker) Programme: GS 2001 Europäisches Wirtschaftsprogramm 2006	SPÖ	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Abgestimmte Ökologisierung der nationalen Steuersysteme ▪ Europäische Strategie zum Umweltschutz vonnöten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ein europäisches Sicherheitsmodell muss auf Konfliktprävention, Krisenmanagement, internationale Solidarität beruhen ▪ Ablehnung einer automatisierten Verpflichtung zur Teilnahme an militärischen Operationen in Bündnissen ▪ GASP entwickeln und in globale Sicherheitspolitik einbetten ▪ Erweiterung der EU erfordert zuvor Annäherung der Sozial- und Umweltstandards ▪ Nachbarschaftspolitik muss zur attraktiven Alternative zu Erweiterungen werden ▪ Voraussetzung für neue Beitritte soll die Erweiterungsfähigkeit der EU und die Erfüllung höherer Auflagen als heute sein ▪ Stärkung der europäischen Entwicklungshilfe durch Einführung der Tobin-Tax auf Finanzmarkttransaktionen ▪ Entwicklungsländern besseren Marktzugang ermöglichen, besonders im Agrarbereich 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mehr europäische Bildungskonzeptionen und -angebote ▪ Betonung des Zusammenhangs von Sozial- und Bildungspolitik ▪ Europäische Konsortien für Welttechnologien (Luftfahrt, Satelliten, Hightech, Medizin) ▪ Förderung der Vernetzung von Forschung und Wissenschaft
Polen (Johannes Dietrich) Programme: GE 2007 (LID)	SLD UP (LID)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klimaschutz und Energiesicherheit werden als Priorität begriffen und sollen insbesondere durch Steigerung der Energieeffizienz und Förderung alternativer Energien verfolgt werden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die ESVP soll gestärkt werden, sowohl die militärische als auch die zivile Komponente ▪ An internationalen Stabilisierungs- und Friedenseinsätzen soll in EU-weiter Abstimmung teilgenommen werden ▪ Zone von Stabilität und Integration soll nach Osten verbreitert werden, ausgewählten osteuropäischen Staaten soll eine Beitrittsperspektive zu EU und 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Forschungs- und Entwicklungsgelder der EU müssen in Zukunft ein noch wesentliches Element der EU werden, sie sollen besser verwendet werden

Legende: GS = Grundsatzprogramm Partei; GE = General Elections, nationalstaatlich; EP = Wahlen zum Europäischen Parlament

Land	Partei	Nachhaltigkeit / Ökologie	EU in der Welt	Bildung / Innovation
			<p>NATO gegeben werden</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ zu Russland soll ein auf Demokratie und Menschenrechten beruhendes Politikmodell entwickelt werden, bei dem die EU ihre politischen Prioritäten gegenüber Russland deutlich beschreibt und solidarisch verteidigt ▪ Die Entwicklungshilfe soll finanziell gestärkt werden 	
<p>Schweden</p> <p>(Björn Hacker)</p> <p>Programme: GS 2001 EP 2004 GE 2006 Internat. Prg. 2005</p>	SAP	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EU soll Normen für nachhaltige Entwicklung setzen ▪ Dominanz der Binnenmarktregeln gegenüber der sozialen und ökologischen Dimension muss gebrochen werden ▪ Zielbeschreibung: Hälfte der weltweiten Umwelttechnologie soll aus EU kommen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Abbau der Handelsbarrieren für Entwicklungsländer ▪ EU soll zu int. Akteur der zivilen u. militärischen Krisenprävention werden, dabei verpflichtend an UN-Prinzipien gebunden ▪ Sonderrolle der EU für Abrüstung nötig ▪ Aufwertung der EU innerhalb der UN ▪ Vorbedingung für Aufnahme von Beitrittsverhandlungen: Grundwerte der EU respektieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ K.A.
<p>Spanien</p> <p>(Friederike Alcovero)</p> <p>Programme: GS 2006 EP 2004 GE 2004</p>	PSOE	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesellschaftlich verantwortliches Verhalten ▪ Umweltbewusstsein in der ökonomischen Entwicklung ▪ Erneuerbare Energien, alternative Energiequellen (Windenergie, Photovoltaik, Sonnenenergie, Energie aus den Wellen der Meere) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Moralkodex: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Toleranz, Solidarität. Nicht zulassen, dass diese Rechte in anderen Teilen der Welt missachtet werden ▪ Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ▪ Aktiv und unabhängig zur Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit im Rahmen des UN-Mandats beitragen ▪ Militärisches Eingreifen im Rahmen der ESVP nur als Ultima 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Qualitätsverbesserung von Ausbildung und Forschung ▪ Verbesserung der Qualität des Humankapitals ▪ Größere Offenheit: Europäischen Citoyen ausbilden durch europäische Dimension in den Lehrplänen ▪ Austausch mit dem Ausland: <ul style="list-style-type: none"> • Gelder für Studien- und Forschungsaufenthalte erhöhen • Transnationale Bildungs- und Forschungsprojekte • Anerkennung von Abschlüssen

Land	Partei	Nachhaltigkeit / Ökologie	EU in der Welt	Bildung / Innovation
			<p>Ratio</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Armut in der Welt beseitigen durch verstärkte europäische Anstrengungen: Europäische Entwicklungspolitik an Uno-Zielen orientieren ▪ Beitrittsverhandlungen mit der Türkei führen ▪ Für Aufnahme der Balkanstaaten offen bleiben ▪ Nachbarschaftspolitik mit Osteuropa, dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten ▪ Euromediterrane Partnerschaft ausbauen (Barcelona-Prozess) ▪ Gemeinsame Kontrolle der EU-Außengrenzen 	
<p>Tschechische Republik</p> <p>(Ákos Jádí)</p> <p>Programme: Europamanifest</p>	CSSD	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhöhung der Umweltschutzniveaus innerhalb der EU ▪ Investition in Verkehrs- und Energienetze, Gesundheitsversorgung und lebenswerte Umgebung (sozialer Wohnungsbau und ökologisch nachhaltiger öffentlicher Verkehr) ▪ Als Schlüsselfaktoren werden folgende Bereiche identifiziert: <ul style="list-style-type: none"> ○ Wasser ○ Energie ○ Gesundheit ○ Landwirtschaft ○ Biodiversität <p>Diese zu schützen, zu modernisieren und deren Nutzung zu europäisieren muss Kern einer Nachhaltigkeitsstrategie sein.</p> 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Integrationsfreundlich: befürwortet einen Türkei-Beitritt und sieht in einer Balkan-Erweiterung die Chance für Stabilität in der Region 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europa soll Zentrum für Wissenschaft und Forschung in der Welt werden

Land	Partei	Nachhaltigkeit / Ökologie	EU in der Welt	Bildung / Innovation
Ungarn (Ákos Jádi) Programme: GS	MSZP (MSZDP)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung des Umweltbewusstseins in den MOE-Staaten ▪ Schutz der Umwelt europäisches Ziel: Rahmengesetzgebung und regelmäßiges Monitoring 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Angesichts der geographischen Situation Ungarns befürwortet die MSZP die Erweiterung der EU Richtung Osten und Südosten insbesondere um die Staaten des westlichen Balkan 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ K.A.

Land	Partei	Bürgerrechte	Besonderheiten
Belgien (Philipp Steinberg) Programme: GE 2007 (PS) EP 2004 (SPA)	PS (SPA)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ K.A. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪
Bulgarien (Björn Hacker) Programme: EP 2007 (BSP)	BSP (PBS)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rassismus, Xenophobie bekämpfen ▪ Europ. Immigrations- u. Asylpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ beansprucht Führungsrolle in Südosteuropa
Dänemark (Daniel Falkenstein) Programme: GS 2004 EP 2004 GE 2007	Socialdemokraterne	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Asyl- /Einwanderungspolitik bedarf einer EU-weiten Antwort ▪ Mindeststandards für Familienzusammenführungen und Asylsucher ▪ Lastenverteilung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EU wird für Dänen „schmackhaft“ gemacht ▪ EU als Mittel für Dänemark, Einfluss zu nehmen bzw. zu behalten
Deutschland (Björn Hacker) Programme: GS 2007 EP 2004 GE 2005	SPD	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gleichberechtigung von Frauen u. Männern endlich verwirklichen ▪ Entwicklung einer europ. Flüchtlingspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EU soll sich zur Bildung einer toleranten u. offenen Gesellschaft an der Aufklärung, dem Humanismus u. der menschlichen Würde orientieren ▪ Dt-frz. Freundschaft bleibt Motor der europ. Einigung. Ähnlich soll das Verhältnis zu Polen werden ▪ Grundsatzprogramm aller sozialdemokratischer Parteien in Europa verfassen
Finnland (Jens Hahn) Programme: EP 2004	SDP	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gleichberechtigung ▪ Nordisches Modell ▪ Aktive Immigrationspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ostseepolitik ▪ Russland Nachbarschaft ▪ Nordisches Modell

Legende: GS = Grundsatzprogramm Partei; GE = General Elections, nationalstaatlich; EP = Wahlen zum Europäischen Parlament

Land	Partei	Bürgerrechte	Besonderheiten
Frankreich (Laure Kaelble / Björn Hacker) Programme: EP 2004 GE 2007 Présidentielles 2007	PS	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Engere Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit, des Rechts, der Freiheit ▪ Regelmäßige Evaluation europ. Sicherheitsgesetze ▪ Einheitliche Regulierung der Migrantenströme ▪ Harmonisierung nat. Asyl- u. Arbeitsaufenthaltsgesetze ▪ Europ. Polizei an der EU-Außengrenze ▪ Gegen jede Art von Diskrimination 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Innere Spaltung der PS bzgl. EU (vgl. Referendum zum Verfassungsvertrag vom Mai 2005) ▪ Dt-frz. Freundschaft als Motor der Integration
Griechenland (Alexandros Tokhi) Programme: GE/EP 2004 GE 2007	PASOK	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einwanderungspolitik auf europ. Ebene entwickeln und vereinheitlichen. ▪ Respekt vor kultureller und religiöser Vielfalt in EU-Staaten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪
Großbritannien (Katja Lass-Lennecke) Programme: EP 2004 GE 2005	Labour (SDLP – Nordirland)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ K.A. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stolz auf „Führungsposition“ von GB in der EU. Außerhalb der EU oder am Rande wäre man auch national schwächer
Irland (Björn Hacker) Programme: GE 2007	Labour	<ul style="list-style-type: none"> ▪ K.A. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪

Land	Partei	Bürgerrechte	Besonderheiten
<p>Niederlande</p> <p>(Michael Schäfer)</p> <p>Programme: GS 2005 EP 2004 Europamanifest 2005</p>	PvDA	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beachtung der Bürgerrechte bei der Bekämpfung der Kriminalität. ▪ Mehr Demokratie und weniger Bürokratie für den Bürger ▪ Wechselseitige Anerkennung von nationalen Bürgerrechten in der EU. ▪ Unterstützung der Bürgerrechte in den Ländern mit denen die EU ein Assoziationsabkommen hat. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Benelux-Unions-Vertrag läuft 2010 aus.
<p>Österreich</p> <p>(Björn Hacker)</p> <p>Programme: GS 2001 Europäisches Wirtschaftsprogramm 2006</p>	SPÖ	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gender-Mainstreaming als Querschnittsthema insbesondere in der europäischen Wirtschaft begreifen; Ungleichheiten beseitigen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪
<p>Polen</p> <p>(Johannes Dietrich)</p> <p>Programme: GE 2007 (LID)</p>	SLD UP (LID)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Gleichstellung von Mann und Frau ist zu fördern, insbesondere die illegalen Abtreibungen müssen verhindert werden. Dazu soll ein Referendum über die Abtreibungsgesetzgebung durchgeführt werden ▪ Eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik soll entwickelt werden, insbesondere sollen über eine „Greencard“ Hochqualifizierte nach Europa kommen können 	<ul style="list-style-type: none"> ▪

Legende: GS = Grundsatzprogramm Partei; GE = General Elections, nationalstaatlich; EP = Wahlen zum Europäischen Parlament

Land	Partei	Bürgerrechte	Besonderheiten
<p>Schweden</p> <p>(Björn Hacker)</p> <p>Programme: GS 2001 EP 2004 GE 2006 Internat. Prg. 2005</p>	SAP	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EU als Vorreiter der Stärkung von Kinder- u. Frauenrechten ▪ Pflicht, eine EU-Asylpolitik zu entwickeln ▪ Bewegungsfreiheit für Migranten in EU ▪ Bedarf an außer-EU-Arbeitskräften nachgeben ▪ Gegen jede Form von Diskriminierung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Betonung der Ostsee- und Fischerei-Politik
<p>Spanien</p> <p>(Friederike Alcoberro)</p> <p>Programme: GS 2006 EP 2004 GE 2004</p>	PSOE	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gleichstellung von Frauen und Männern, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt ▪ Europäische Immigrations- und Asylpolitik ▪ Den Faktor Immigration als Querschnittsthema in die Arbeits- und Sozialpolitiken integrieren ▪ Respekt von Vielfalt und Würde innerhalb Europas ▪ Selbstbestimmung der Regionen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Baskische Separatisten und katalanische Regionalisten: Repräsentanten der autonomen Regionen sollen in Spaniens EU-Delegationen vertreten sein ▪ Eta-Terror ▪ Illegale Einwanderung aus Westafrika ▪ Rehabilitierung von Franco-Opfern und endgültige Verabschiedung von der faschistischen Vergangenheit ▪ Spanien – ein Modell für Länder, die faschistische Diktaturen überwinden mussten. ▪ Engste europäische Partner sind Frankreich und Deutschland ▪ Besondere Kommunikation nach Lateinamerika
<p>Tschechische Republik</p> <p>(Ákos Jádi)</p> <p>Programme: Europamanifest</p>	CSSD	<ul style="list-style-type: none"> ▪ K.A. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪

Land	Partei	Bürgerrechte	Besonderheiten
Ungarn (Ákos Jádi) Programme: GS	MSZP (MSZDP)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schutz nationaler und ethnischer Minderheiten ▪ Ablehnung von Rassismus ▪ Bekenntnis zum Asylrecht unter der Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der einzelnen Länder innerhalb der EU 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EU als politischer Rahmen zur Wiedervereinigung der in den Nachbarländern lebenden Ungarn

Sozialdemokratische Programmbausteine – Europawahl 2009

- Beschluss des FA Europa vom 26.02.2008 -

I. Demokratisches Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein demokratisches Europa. Das Voranschreiten der Integration wollen wir sozial und demokratisch gestalten. Dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten kommt durch die Erweiterung ihrer Kompetenzen durch den Vertrag von Lissabon die Aufgabe zu, eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen.

II. Soziales Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten ein für eine Hervorhebung der sozialen Dimension Europas. In einem sozialen Stabilitätspakt sollen die gemeinsamen Standards und Werte geschützt und die ökonomische Integration ergänzt werden. Die Priorität der Bekämpfung von Armut in Europa muss sich in einer gemeinschaftlichen Politik ausdrücken.

III. Ökonomisches Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen ökonomische Vernunft und Kooperation gegen einen Wettlauf um die niedrigsten Steuern. Innerhalb der EU müssen Dumpingstrategien durch die Entwicklung einheitlicher Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze verhindert werden. Um besser auf internationale Finanzkrisen reagieren zu können, möchten wir eine stärkere Abstimmung und Verflechtung makroökonomischer Politiken in der EU erreichen. Für die Zukunftsfähigkeit des europäischen Haushalts sind die Agrarsubventionen deutlich zu reduzieren.

IV. Ökologisches Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen keine Alternative zur Übernahme einer Vorreiterrolle der EU im internationalen Klima- und Umweltschutz. Bereits verabschiedete Ziele müssen zielstrebig umgesetzt, europäische Umweltstandards weiterentwickelt werden. Hierfür möchten wir vor allem die Wirtschaft stärker in die Pflicht nehmen. Die Forschung zu regenerativen Energien und Umwelttechnologien ist ein wichtiger europäischer Standortfaktor.

V. Internationales Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen um Europas Verantwortung in der Welt und wollen die EU als globale Friedensmacht etablieren. Als Instrumente hierfür möchten wir die europäische Entwicklungshilfe und die zivile Krisenprävention stärken, die Koordinaten einer gemeinsamen Außenpolitik durch den europäischen auswärtigen Dienst befördern und die europäische Nachbarschaftspolitik ausbauen. In der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll ein Rahmen für stabilisierende Friedenseinsätze zur Konfliktverhütung und zum Krisenmanagement entwickelt werden. In internationalen Organisationen soll die EU mit einheitlicher europäischer Stimme sprechen.

VI. Gebildetes Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen Bildung als wichtigstes Element für die Persönlichkeitsentwicklung und die Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft. Indem wir die Qualität der Bildung und den Zugang zu ihr verbessern, schaffen wir eine europäische Wissensgesellschaft. Die Mitgliedstaaten der EU sind in der Pflicht, die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen zu gewährleisten, das lebenslange Lernen zu fördern, betriebliche Aus- und Fortbildungen zu unterstützen sowie neue, transnationale Studien-, Weiterbildungs- und Forschungsangebote einzurichten.



VII. Integratives Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erkennen Migration und Integration als wichtige Querschnittsthemen der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Gestaltung einer europäischen Einwanderungs- und Asylpolitik darf nicht länger aufgeschoben werden. Gemeinsame Standards müssen die Situation von Zuwanderern in der Ausbildung und gesellschaftlichen Eingliederung verbessern.

VIII. Diskriminierungsfreies Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen ein diskriminierungsfreies Europa der Chancengleichheit verwirklichen. Insbesondere die Benachteiligungen von Frauen im Berufsleben sind endgültig zu beseitigen. Dies betrifft vor allem die Unterschiede in der Einkommenshöhe und die ungleichen Karrierechancen zwischen den Geschlechtern. Unionsweit soll die bessere Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben ermöglicht werden.